

*Süd*zeit



Okt. 09 | Nr. 43 | 2,50 €

Schwerpunkt: Kinderrechte

Öko-faire Modenschau

Die Stadt-Schokolade ist da



Eine Welt Journal Baden-Württemberg

Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e.V.



Schwerpunkt

- 4 Rechte für die Kinder dieser Welt
- 6 Kämpfer zwischen allen Fronten
- 8 Namibias glückliche Kinder
- 10 Schokolade aus Kinderhand
- 12 „Wir fordern mehr Respekt“
- 14 „Alles halb so wild“ - eine Polemik
- 15 Mannheim beschreitet neue Wege
- 18 Faire Beschaffung in Baden-Württemberg



Forum

- 19 Alter Wein in neuen Schläuchen

Mode

- 20 Wir werden verklagt
- 21 Lustvolle, grüne Moden-Schau



Fairer Handel

- 24 Die Stadt-Schokolade ist da!
- 25 Fair Trade für Gastronomen



Klima

- 26 Den Schritt wagen: Vom Appell zur Aktion



Service

- 27 Termine, Briefe, Aktuell, Anfordern, Web-Infos

Impressum

Herausgeber:
Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg (DEAB) e.V.,
DEAB-Geschäftsstelle,
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart
Tel. 0711/66487360,
Fax 0711/6453136, info@deab.de,
www.deab.de

Redaktion:
Reinhard Hauff, Luzia Schuhmacher, Eugen
Schütz, Uta Umpfenbach, Silke Wedemeier,
Susanne Popp-Schnell, verantwortlich.

Redaktionsadresse:
Redaktion SüdZeit,
Susanne Popp-Schnell, Mühlrainstr. 15,
97941 Tauberbischofsheim,
Tel. 09341/897888, suedzeit@deab.de.

Nächster Redaktionsschluss:
15. November 2009.

Anzeigen-, Abo- und Finanzverwaltung:
Uta Umpfenbach, Lehmenstr. 4,
71254 Heimerdingen,
Tel. 07152/59532, abo@deab.de.

Konto für Abos und Spenden:
DEAB e.V./Südzeit, GLS-Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 75548901.

Layout: Scharmantes Design,
Heike Scharm, www.scharmant.de

Korrektur: Silke Wedemeier, Stuttgart

Titelfoto: KASA, Dirk Haarmann

Druck: Torso Media, www.torso-media.de

Versand: Caritas-Neckartalwerkstätten,
Hedelfingen

Bildquelle: siehe Seite 26

Diese Südzeit wird gefördert von der Aktion
Hoffnung der ako, Stuttgart, und dem
Evangelischen Entwicklungsdienst, Bonn,
sowie dem Wirtschaftsministerium Baden-
Württemberg.



Liebe Leserin, lieber Leser,

die UN-Kinderrechtskonvention feiert im November ihren 20. Geburtstag. Mit diesem Regelwerk haben fast alle Staaten dieser Welt, Kindern verbriefte Rechte zugesprochen, darunter beispielsweise das Recht auf Gesundheit, Bildung und Ausbildung, auf eine gewaltfreie Erziehung, auf Freizeit, Spiel und Erholung. Wer denkt, diese Konvention sei nur für Länder des Südens von Bedeutung, irrt. Dr. Sebastian Sedlmayr, UNICEF, fordert beispielsweise, dass Deutschland mehr Anstrengungen unternehmen müsse, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Flüchtlingskinder erhalten hierzulande nicht den Schutz und die Unterstützung, die ihnen zustehen sollten, da Deutschland die Kinderrechtskonvention nur unter Vorbehalt unterzeichnet hat.

Doch nicht nur die Politik sollte endlich ihrer Verpflichtung zum Wohl der Kinder nachkommen. Auch wir Verbraucher müssen aktiv werden und Druck auf die international agierenden Unternehmen ausüben, indem wir nachfragen, auf welche Weise die Waren in unseren Geschäften hergestellt wurden. Bekämen wir eine ehrliche Antwort, würden uns die Granit-Pflastersteine auf unserer Terrasse möglicherweise nicht mehr gefallen, die leckere Schokolade würde uns schwer im Magen liegen. Denn in diesen Produkten steckt meist, wie in vielen anderen, ausbeuterische Kinderarbeit. Es gibt gute Alternativen. Wir Verbraucher haben eine große Macht. Richtig eingesetzt könnte sie vielen Kindern dieser Welt zu einem besseren Leben verhelfen.

Ihre
Susanne Popp-Schnell



Titelfoto:
Die Kinder in
Namibia profitieren
vom bedingungslosen
Grundeinkommen.

Rechte für die Kinder dieser Welt

Die UN-Kinderrechtskonvention feiert Geburtstag. Konnten die Kinder dieser Welt von ihr profitieren? Ein Interview mit Dr. Sebastian Sedlmayr, UNICEF Deutschland

Die UN-Kinderrechtskonvention wird 20 Jahre alt. Ein Grund zum Feiern?

Der 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention ist ein Grund zum Feiern, weil es kaum ein internationales Menschenrechtsabkommen gibt, das so breit angenommen und mit Leben gefüllt worden ist. Nur Somalia und die USA sind dem Übereinkommen bislang nicht beigetreten. Jeder Mensch unter 18 Jahre erhielt damit verbrieft Rechte – darunter das Recht auf Überleben, auf Bildung, auf Schutz vor Missbrauch und Gewalt, aber auch das Recht, an Entscheidungen beteiligt zu werden. Die Kinderrechtskonvention hat den Grundstein für eine kindergerechte Welt gelegt. Sie drückt die weltweit gültigen Grundwerte im Umgang mit Kindern aus und fordert eine neue Sicht auf Kinder als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten. Die Konvention hat die Kinderrechte auf allen Kontinenten gestärkt.

Im Vergleich zum Jahr der Unterzeichnung 1989 gibt es heute weniger Kindersterblichkeit, mehr Kinder in Schulen und weltweit mehr Bewusstsein für die Rechte der Kinder. Aber es gibt auch gegenläufige Entwicklungen – etwa die steigende Kinderarmut in industrialisierten Ländern – und noch eine Reihe schwerer Kinderrechtsverletzungen, die wirksamer bekämpft werden müssen.

Viele Kinder kämpfen als Soldaten oder werden wie Sklaven gehalten. Wie verbindlich ist die Konvention?

Die UN-Kinderrechtskonvention ist in den Ländern, die sie ratifiziert haben, völkerrechtlich bindend. Das

bedeutet, dass alle Staaten verpflichtet sind, die Rechte der Kinder vollständig umzusetzen. Sie müssen an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes alle fünf Jahre berichten, wie sie mit der Umsetzung der Kinderrechte vorangekommen sind. Alleine mit Gesetzen und Völkerrechtsabkommen sind die grausamen Formen



Die Kinderrechtskonvention hat den Grundstein für eine kindergerechte Welt gelegt.

von Kinderrechtsverletzungen zwar nicht zu besiegen. Aber solche Normen liefern eine wichtige Grundlage, um Politik zu ändern und um einen Perspektivwechsel in der Gesellschaft einzuleiten, damit Kinder in allen Ländern besser leben können.

Können Kinder ihre Rechte einfordern?

Weder der zuständige UN-Ausschuss noch ein anderes Gremium verfügen derzeit über Sanktionsmöglichkeiten, die über eine öffentlich ausgesprochene Rüge hinausgehen. Das ist sicherlich ein Manko. Unterstützt

von der deutschen Regierung wird derzeit diskutiert, ob ein Individualbeschwerdeverfahren eingerichtet werden soll, wie es bei anderen Menschenrechtsabkommen bereits existiert. Die engen Regeln dieser Verfahren lassen allerdings befürchten, dass es ein „zahnloser Tiger“ bleiben könnte.

Damit die Kinderrechte auf nationaler Ebene an Bedeutung gewinnen, setzt UNICEF Deutschland sich gemeinsam mit anderen Kinderrechtsorganisationen für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein. So könnten Kinder ihre spezifischen Rechte vor dem Bundesverfassungsgericht einklagen.

Wie geht es den Kindern, die in Deutschland leben?

Bestandsaufnahmen über die Situation der Kinder, die nur „objektive“ Daten enthalten, aber Kinder selbst nicht zu Wort kommen lassen, sind

unzureichend. Um das Kindeswohl zu definieren, sollte immer auch die Meinung des Kindes zählen, sofern es möglich ist, diese Meinung einzuholen. Das ist übrigens leichter als vielleicht vermutet wird. Schon in Kindergärten sind Gesprächskreise und „Kinderkonferenzen“ wichtige Mittel, um die Partizipation der Kinder zu fördern und sie teilhaben zu lassen. Wer Kinder ernst nimmt, steigert ihr Wohlbefinden und leistet letztlich auch einen Beitrag zur demokratischen Erziehung.

Das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti hat 2007 eine Vergleichsstudie zum kindlichen Wohlbefinden in den Industrieländern veröffentlicht und dabei auch die Wahrnehmung der Kinder einbezogen. Die Studie hat sehr klar gezeigt, dass die Wirtschaftsleistung allein nicht über die Situation der Kinder entscheidet: So steht Tschechien hinsichtlich der materiellen Situation von Kindern besser da als Deutschland oder Japan. Mehr als die Hälfte der 15-jährigen Deutschen sagen, dass ihre Eltern kaum Zeit haben, sich mit ihnen zu unterhalten. Insgesamt hat Deutschland recht mittelmäßig abgeschnitten.

Was sollte Deutschland besser machen?

Es gibt deutlichen Nachholbedarf sowohl auf der formalen gesetzlichen als auch auf der politischen und vor allem auf der gesellschaftlichen Ebene. Formal sollte Deutschland den Vorbehalt, der 1992 bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention hinterlegt wurde, endlich zurücknehmen. Sinngemäß behauptete die Bundesregierung damals, die Konvention gelte nur für die Entwicklungsländer, in Deutschland sei alles paletti. Und sie behalte sich vor, Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kindern zu machen. Diesen Vorbehalt nutzen heute Grenzschränker und Ausländerämter, um das Wohl von Flüchtlingskindern hinten anzustellen. Dabei sagt die UN-Kinderrechtskonvention klipp und klar, dass das Kindeswohl Vorrang hat und dass Flüchtlingskinder

besonders geschützt werden müssen. Das Parlament hat die Bundesregierung mehrmals aufgefordert, den Vorbehalt zurückzunehmen. Er ist nicht mehr zeitgemäß, und er widerspricht dem Geist der Konvention. Auf der politischen Ebene müssen viel mehr Anstrengungen unternommen werden, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Hier droht ein beträchtlicher Teil der nachwachsenden Bevölkerung abgekoppelt zu werden vom Rest der Gesellschaft – mit fatalen Auswirkungen sowohl für die persönliche Entwicklung dieser Kinder als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Drittens sind wir alle als Gesellschaft gefordert, Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Das heißt nicht, dass wir sie mit leistungsorientierter Aufmerksamkeit überhäufen und erdrücken sollen, sondern dass wir ihrer natürlichen Entwicklung, der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit Raum geben: mehr Zeit für Kinder, mehr Platz zum Spielen, mehr Angebote für Jugendliche, mehr Hilfestellung für Familien.

Gibt es Regionen, in denen es Kindern besonders gut beziehungsweise schlecht geht?

Die objektiv erfassbaren Daten zu Kindersterblichkeit, Einschulungsraten, Ernährung, Impfungen et cetera veröffentlicht UNICEF seit vielen Jahren in dem Bericht „Zur Situation der Kinder in der Welt“, der in Deutschland im Fischer-Verlag erscheint. Daraus können Sie ablesen, dass es den Kindern gerade in Kriegs- und Krisengebieten schlecht geht, in denen die Staatlichkeit erodiert ist und Kinder keinen Schutz finden. Neun der zehn Länder mit der höchsten Kindersterblichkeitsrate liegen in Afrika. Auf Platz zwei allerdings liegt Afghanistan. In keinem Land außerhalb Afrikas sterben die Menschen früher.

Wie wirkt sich die Finanzkrise auf die Situation der Kinder aus?

Der Einbruch der Weltwirtschaft verschärft massiv Armut, Hunger und Krankheiten bei Kindern. Im

Vergleich zu 2007 stieg nach Schätzungen von UNICEF allein in Asien die Zahl der unterernährten Menschen von 300 auf 400 Millionen. Ungefähr ein Drittel der Kinder in der Region haben nicht genug zu essen, um gesund aufzuwachsen und sich gut zu entwickeln. Weltweit könnte die Zahl der Hungernden in diesem Jahr wieder auf über eine Milliarde Menschen steigen. Das Millenniumsziel, Armut und Hunger bis 2015 zu halbieren, rückt damit in weitere Ferne.

Die ärmsten Familien müssen bereits jetzt zwischen 60 und 70 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben. Auch die regelmäßige Versorgung von Millionen HIV-positiver Menschen mit Medikamenten ist bedroht. UNICEF hat angesichts der Krise bereits im vergangenen Jahr in 45 Ländern Programme gestartet, um die Versorgung von bedrohten Kindern mit Nahrungsmitteln zu verbessern. Allerdings sind viele Programme derzeit unterfinanziert – eine Folge der Finanzkrise.

Was würden Sie den Kindern dieser Welt am meisten wünschen?

Dass Männer und Frauen sie wertschätzen und sich mit ihnen beschäftigen. Dass sie auf ihre persönliche Weise die Welt entdecken können und dabei nicht behindert werden, dass sie selbstbewusst und optimistisch sein können.

Wir danken für das Gespräch.



Dr. Sebastian Sedlmayr

Kämpfer zwischen allen Fronten

Sie haben in Kriegen gekämpft, bis ihnen die Flucht nach Deutschland gelang. Doch den erhofften Schutz finden die ehemaligen Kindersoldaten auch hierzulande nicht

Zwischen 300 und 500 Kindersoldaten leben in Deutschland. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind geflüchtet vor ihrer Vergangenheit. Sie haben ihr Leben als Kindersoldat hinter sich gelassen, aber dennoch ist diese Zeit eine Bürde für die Gegenwart und Zukunft. Sie kommen aus den verschiedenen Kriegsgebieten der Welt (u.a. Sierra Leone, Sudan, Burma, Kolumbien). Nach Schätzungen des Kinderhilfswerks terre des hommes sind gegenwärtig 250.000 bis 300.000 Kinder und Jugendliche an bewaffneten Konflikten beteiligt.

Auch wenn es mittlerweile eine Vielzahl von Protokollen und Abkommen über das Ende des Einsatzes von Kindersoldaten gibt, nutzen noch immer viele Kriegsparteien die Dienste von Kindern und Jugendlichen.

In ihren Heimatländern werden die jungen Menschen in der Regel zwangsweise von den in militärische Konflikte verwickelten Parteien rekrutiert.

Durch die oft lang andauernden militärischen Konflikte wachsen sie umgeben von Gewalt und Krieg auf. Wie Kinder ganz gezielt als militärisches Mit-

tel eingesetzt werden, berichtet ein Jugendlicher: „Und sie benutzen die jungen Kindersoldaten auch als - wir nennen es Geiseln oder so, sie werden sie einfach nach vorne schicken, manchmal, wenn zum Beispiel britische Truppen kämpfen, wenn sie diese Kinder sehen, werden sie nicht schießen, sie werden nur versuchen sich selbst zu verteidigen. (...) So versuchen sie die anderen Truppen zu schlagen. Weil sie sie als menschliches Schutzschild benutzen, wissen Sie, sie schicken sie nach vorne, geben ihnen eine Waffe. Du würdest nicht auf sie zielen, wenn du sie siehst. (...) (Abdoulaye, 18, Sierra Leone).“

Nur wenigen Kindersoldaten gelingt die Flucht

Aber Kindersoldaten sind nicht nur Minderjährige, die mit der Waffe kämpfen und töten: sie werden eingesetzt, um gegnerische Parteien auszuspionieren, sie werden als „weniger wertvolle Soldaten“ für besonders gefährliche Tätigkeiten wie Minenlegung und Minenräumung eingesetzt, sie exekutieren Strafen an gefangenen Soldaten und speziell die Mädchen sind massiver sexueller Gewalt ausgesetzt und müssen die Versorgung der Truppen garantieren.

Nur wenigen ehemaligen Kindersoldaten gelingt die Flucht nach Deutschland und auch hier ist keine sichere Zukunft garantiert. Einige der ehemaligen Kindersoldaten werden, da sie das 16. Lebensjahr überschritten haben, in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Diese sind vielfach in schlechtem Zustand, in den Mehrbettzimmern besteht keine Privatsphäre und auch die hygienischen Bedingungen entsprechen nicht allgemeinen Standards. Zudem ist je nach Aufenthaltsstatut der Zugang zu medizinischer Versorgung eingeschränkt, notwendige Therapien und Behandlungen sind nur schwerlich möglich.

Das Kindeswohl wird in Deutschland beschnitten

Eigentlich sollen die unter 18-jährigen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) gemäß § 42 SGB VIII in Obhut genommen werden. Geschieht dies, werden die jungen Menschen in oftmals spezialisierten Wohneinrichtungen von Fachkräften betreut, sie können Bildungsangebote nutzen und auch die oftmals notwendige medizinische Versorgung kann beginnen. Doch leider verweigern

einige Bundesländer und Kommunen den UMF den Zugang zur Jugendhilfe. Sie werden in diesem Fall ab dem 16. Lebensjahr wie Erwachsene behandelt. Hintergrund hierfür ist die im deutschen Ausländerrecht enthaltene Verfahrensmündigkeit ab dem 16. Lebensjahr und die nicht-vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Deutschland hat die Konvention mit zwei Vorbehalten belegt. Diese führen u.a. zu einer Ungleichbehandlung zwischen deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen, die Vorrangigkeit des Kindeswohls wird beschnitten, ein weltweit einmaliger Vorgang.

Dieser Vorbehalt hat zur Folge, dass die Restriktionen des Ausländerrechts schwerer wiegen als die Fördermöglichkeiten des Jugendrechts. Deswegen erhalten die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in einigen Ländern und Kommunen nur die deutlich niedrigeren Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Ehemalige Kindersoldaten, die nach Deutschland kommen, stehen neben der unsicheren Aufnahmesituation auch im Asylverfahren vor großen Hürden. In ihrer Anhörung fällt es den jungen



Kindersoldaten, denen die Flucht nach Deutschland gelingt, stehen hier vor großen Hürden.

Menschen in der Regel sehr schwer über ihre Situation und die erlittenen Verfolgungssituationen zu berichten. Besonders für ehemalige Kindersoldaten, die traumatisiert sind, ergibt sich eine schier unlösbare Situation: in einem fremden Land vor fremden Menschen die eigene, grausame Lebensgeschichte schlüssig und stringent vorzutragen. Das Asylverfahren stellt hier Anforderungen, die für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen quasi nicht erfüllbar sind. Zudem gibt es keine kinder-spezifischen Asylgründe, die eine Anerkennung als politischer Flüchtling für ehemalige Kindersoldaten vorsehen. In den meisten Fällen müssen die Betroffenen darauf hoffen, dass

Abschiebungshindernisse anerkannt werden und sie zumindest vorübergehend einen Aufenthaltstitel erhalten. „Ich glaube, die einzige Sache im Leben, die du hast, ist Hoffnung. Und der Tag, an dem du sie verlierst, das ist es, wenn du stirbst. Wenn du so sehr verletzt worden bist. Ich denke, um die härtesten Situationen durchzustehen, ist die einzige Sache, an die du immer denken kannst, die Hoffnung. Und wenn du sie nicht hast, bist du nicht mehr. (...) Das war es, was mich angetrieben hat. (Salomon, 24, aus Uganda).“

Die Zukunft der Kinder ist prekär

Die unglaubliche Stärke, die aus dem Zitat von Salomon spricht, sollte alle Interessierten anspornen, sich der besonderen Situation der Kindersoldaten anzunehmen und sie zu unterstützen. Ihre unsichere Lebenssituation, der unklare Ausgang des Asylverfahrens, ihre oftmals schwere Traumatisierung und ihre prekären Zukunftsperspektiven sind bedrückend und ernüchternd. Aber dennoch spricht aus Salomons Worten eine Kraft und ein starker Wille. Die Hoffnung auf ein besseres Leben, auf eine eigenständige, friedliche Existenz als Antrieb zum Überleben.

Es liegt an uns dafür zu sorgen, eine kindeswohlorientierte Aufnahme durchzusetzen, den ehemaligen Kindersoldaten alle medizinischen und therapeutischen

Möglichkeiten zu eröffnen und ihnen ein faires, ihren Möglichkeiten entgegenkommendes Asylverfahren zu garantieren.

■ Thomas Berthold, Politik- und Kulturwissenschaftler, arbeitet als Projektreferent beim Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

Weitere Informationen: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.: www.b-umf.de; terre des hommes: www.tdh.de; Deutsches Bündnis Kindersoldaten: www.kindersoldaten.info.

Namibias glückliche Kinder

Kinder haben ein Recht auf Gesundheit und Bildung. In Namibia wird erprobt, ob diese Rechte durch ein Grundeinkommengesichert werden können

„Die Kinder kommen pünktlich, sauber und satt zur Schule. Vor dem BIG war es hier fast unmöglich, die Kinder zu unterrichten. Jetzt können sie sich besser konzentrieren. Sie sind einfach glücklicher, weil sie genug zu essen haben. Und ihre Zeugnisse sind auch besser!“ Die Lehrerinnen und Lehrer in dem kleinen Dorf Otjivero, etwa 80 km von der Hauptstadt Windhuk entfernt, sind begeistert von den Auswirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens, kurz BIG (Basic Income Grant), das in ihrem Dorf modellhaft eingeführt wurde.

Die Diskussion, inwieweit das bedingungslose Grundeinkommen gerade in Staaten mit sehr großem Armuts-Reichtumsgefälle die absolute Armut verringern und eine gesellschaftliche Umverteilung fördern könnte, wird seit vielen Jahren geführt. In Namibia schloss sich nun eine Koalition aus Kirchen und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um das BIG als Modellprojekt ins Leben zu rufen.

Seit gut einem Jahr erhalten alle knapp 1000 Einwohner des Dorfes Otjivero, die jünger als 60 Jahre sind und daher keinen Anspruch auf die staatliche Rente haben, 100 Namibische Dollar (ca. 8,50 Euro) im Monat. Für jemanden, der vorher fast nichts besaß, ist das sehr viel Geld, insbesondere für mehrköpfige Familien, die zuvor von der kümmer-

lichen Rente der Großmutter leben mussten. Die Menschen sind offen und herzlich und erzählen, was sie mit dem unerwarteten Geldsegen gemacht haben:

Schulden und ausstehende Mieten bezahlt, Lebensmittel auf Vorrat gekauft, Schuluniform und sogar Schuhe für die Kinder angeschafft, in ein Kleingewerbe investiert, Saat-

und Abgaben finanziert. Die Öffentlichkeit verfolgt dieses Projekt mit großer Aufmerksamkeit. Die Presse berichtet laufend und bei den Auszahlungen ist schon mal das Fernsehen dabei. Immer wieder wird diskutiert, durchaus auch kontrovers. Ende April wurde in Namibia nun der erste BIG-Jahresbericht der Öffentlichkeit präsentiert – mit er-



Glückliche und satte Kinder in Namibia.

gut gekauft und kleine Gärten angelegt.

Die Finanzierung erfolgt über Spenden, die die BIG-Koalition sammelt. Zwei Jahre lang soll das Projekt laufen. Es wird wissenschaftlich begleitet und soll am Ende zeigen, inwiefern ein bedingungsloses Grundeinkommen die Startchancen der armen Bevölkerung, insbesondere der Kinder, verbessern kann. Langfristig, bei einer landesweiten Umsetzung, würde es über Steuern

staunlichen Ergebnissen besonders im Bereich Unterernährung, Gesundheit und Bildung. Vor der Auszahlung des BIG waren in Otjivero 42 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unterernährt. Welch verheerende Folgen Unterernährung in frühesten Kindheit für die Entwicklung hat, ist hinlänglich bekannt.

Bereits sechs Monate später waren es nur noch 17 Prozent und weitere sechs Monate später war kein Kind

mehr unterernährt. Das bedeutet, dass die Eltern zunächst in die Ernährung ihrer Familie investiert haben. Welche Auswirkungen dies wiederum auf die Schulleistungen und die Zukunftschancen der Kinder hat, machen die Aussagen der Lehrer deutlich. Auch auf die Gesundheitsversorgung wirkt sich das BIG positiv aus. Die Eltern bringen ihre

meinschaften, die bisher wenig Zukunft haben. Und es ist ein Stück Verwirklichung des Rechts auf ein menschenwürdiges Leben für alle – auch und gerade für Kinder.

■ Simone Knapp
Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika, KASA
www.kasa.woek.de



Alle Menschen, die keine Rente bekommen, erhalten ein Grundeinkommen.

Kinder nun rechtzeitig in die Klinik, denn sie können die kleine Gebühr, die dort für eine Behandlung erhoben wird, bezahlen.

Das BIG ist kein Allheilmittel, es schafft lokale, eher informelle Arbeitsplätze und Einkommensstrukturen, weckt aber auch Erwartungen gegenüber der Regierung in Bezug auf weitere Förderungen wie Mikrokredite oder formale Arbeitsplätze. Es ist ein Anfang, gerade für Ge-

Basisdaten zu Namibia

Bevölkerung:
1.900.000 (2008) Einwohner.
Ca. 25.000 der 100.000 weißen Namibier sind deutscher Abstammung.
2,3 Einwohner pro km².
HIV-Rate unter Erwachsenen: 21,3% (2008).
Ca. 40% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.
Ca. 40% der Bevölkerung sind arbeitslos.

GINI-Koeffizient:
Bestimmung von Einkommensungleichheit, wobei 1 höchste Ungleichheit darstellt
Namibia: 0,7
Vergleich Deutschland: 0,3

Geschichtliche Eckdaten:
1884 bis 1918 deutsche Kolonie (Deutsch-Südwest-Afrika).



Das Geld wird sinnvoll angelegt.

1904 Völkermord an den Herero und Nama/Damara.
Ab 1920 Mandatsgebiet der Südafrikanischen Union, Einführung der Apartheidspolitik.
1971 erklärt der Internationale Gerichtshof in Den Haag die südafrikanische Verwaltung für illegal.
Befreiungskampf der SWAPO (South Western People's Organisation). 1990 Unabhängigkeit und erste freie Wahlen, Wahlsieg der SWAPO, die bis heute die Regierung stellt.

Schokolade aus Kinderhand

Kinder schufteten unter erbärmlichen Bedingungen in den Kakaoplantagen West-Afrikas. Die Kakaoindustrie berührt dies wenig

Schokolade erfreut sich großer Beliebtheit. Ihr werden heilende und euphorisierende Kräfte nachgesagt. Selbst in der Wellnessbranche wird sie großzügig für Massagen und Bäder benutzt. Gegessen zu fast jedem Anlass und in allen Formen ist Schokolade seit langem ein fester Bestandteil unseres Alltags. Fast zehn Kilo isst der deutsche Bundesbürger jedes Jahr und befindet sich somit nach den Schweizern an weltweiter Spitze des Schokoladenkonsums. Die Hälfte der gesamten Kakaoproduktion geht nach Europa. Tendenz steigend. Was bei uns als leckeres Produkt in die Läden kommt, hat einen aufwändigen und nicht selten fragwürdigen Ursprung.

Vor acht Jahren machte sich der BBC-Journalist Humphrey Hawksley auf den Weg, nach Kinderarbeitern in den Kakaoplantagen Westafrikas zu suchen. Lange musste er nicht Ausschau halten. Ihm begegnete, kurz nachdem er sein Hotel verließ, eine Gruppe von Kindern in zerrissenen Kleidern, keines von ihnen war älter als 13 Jahre, das Jüngste höchstens sieben. An Armen und Beinen waren die Kinder verletzt – das Resultat ihrer Arbeit mit den Macheten.

Kinder leiden unter den Pestiziden

Mindestens 200.000 Kinder arbeiten auf den Kakaoplantagen der Elfenbeinküste, dem größten Kakaoproduzenten weltweit, gefolgt von Ghana und anderen Ländern Westafrikas. Die Kinder, die hauptsächlich aus Benin, Burkina Faso, Mali und Togo stammen, arbeiten bis zu 15 Stunden am Tag. Viele von ihnen schufteten ohne Bezahlung. Sie schlagen mit ihren Macheten die Früchte von den Bäumen und schneiden sie auf, damit das Fruchtfleisch vergären kann und der typische Kakaogeschmack entsteht. Nahrung bekommen die meisten Kinder gerade so viel, dass sie nicht verhungern. Strom, geschweige denn sanitäre Anlagen, kennen sie nicht. Tag für Tag sind die Kinder Pestiziden ausgesetzt, die auch noch auf ihrer Haut brennen und das Atmen erschweren, wenn sie sich nachts auf dem nackten Boden in Holz- oder Lehmhütten zum Schlafen legen.

Es stellt sich die Frage, warum diese Kinder arbeiten müssen. Reicht das Einkommen der Eltern für die Ernährung

der Familie nicht aus, müssen die Kinder dazuverdienen: Sei es aufgrund zu niedriger Löhne, des Todes eines oder beider Elternteile, durch einen Unfall, Krieg oder die besonders in Afrika grassierende HIV/Aids-Epidemie.

Mit dem Militärputsch im Jahre 2002 erlebte die Elfenbeinküste einen gewaltsamen Konflikt mit zahlreichen Toten. Der Kakao war eng mit diesen Geschehnissen verflochten. Ende der neunziger Jahre sank der Kakaopreis auf einen absoluten Tiefstand. Das Land, in dem vier von 18 Millionen Einwohnern von der Kakaoproduktion abhängig sind, fiel in eine tiefe wirtschaftliche und daraufhin politische Krise. Beide Konfliktparteien finanzieren Waffen und Munition mit den Gewinnen aus dem Kakaoexport.

Kinder werden entführt

Kakao wird in der Elfenbeinküste meist von Kleinbauern oder Familienbetrieben angebaut. Für die selbst in großer Armut lebenden Besitzer sind Kinder oft die einzige Möglichkeit, ihr eigenes Überleben zu sichern. Kinder arbeiten effizient, sind leicht einzuschüchtern und tun deshalb genau das, was von ihnen verlangt wird. Außerdem sind sie billig. Oft werden Kinder aus den noch ärmeren Nachbarländern von skrupellosen Menschenhändlern mit



Kakao-Bohnen verpackt für den Export. Die Industrie zeigt wenig Interesse an einer Änderung der Anbaubedingungen.



Viele Kinder in West-Afrika helfen im eigenen Familienbetrieb, manche Kinder müssen als Sklaven auf fremden Kakao-Plantagen schufteten.

falschen Versprechungen gelockt oder sogar entführt. Ein Journalist gab sich im Auftrag von Greenpeace als interessierter Käufer aus – er hätte ein Kind für umgerechnet 120 Euro kaufen können, inklusive Transport.

Auch den Kindern, die auf der Plantage ihrer Eltern mitarbeiten, bleibt selten die Zeit und das Geld für den Besuch einer Schule. Kinderarbeit ist deshalb so problematisch, weil sie Entwicklung dauerhaft verhindert. Eine schulische Ausbildung wäre die einzige Möglichkeit, der Armut zu entkommen. Mit jedem arbeitenden Kind setzt sich die Armutsspirale in die nächste Generation hinein fort. So hat auch die UNO dieses Problem ins Visier genommen und versucht seither, im Rahmen einer Sonderorganisation, effektive, globale Strukturen zu etablieren. Die ILO, zu deutsch Internationale Arbeitsorganisation, setzt sich für arbeitsrechtliche Sozialstandards ein. Mit

der Konvention 182 verbietet sie ausbeuterische Kinderarbeit. Kraft der Umsetzung dieser Kernarbeitsnormen soll die Globalisierung fair gestaltet, die Menschen vor Willkür und Ausbeutung geschützt und letztlich die Armutsbekämpfung insgesamt vorangetrieben werden.

Zwar sind die Mitglieder verpflichtet, der ILO über den Stand ihrer nationalen Gesetzgebung und der Umsetzung der ratifizierten Abkommen zu berichten, doch schließt dies nicht aus, dass Inhalte übergangen und zu Gunsten der Wirtschaftsbosse manipuliert werden.

Industrie bemüht sich nicht

Nach Hawksleys schockierendem Bericht für die BBC ging ein Aufschrei durch die westliche Welt. Die menschenverachtenden Verbrechen der milliardenschweren Kakaoindustrie gelangten erstmals ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. So wurde 2001, ergänzend zur ILO, das Harkin-Engel-Protokoll von acht führenden Schokoladenherstellern und einigen NGOs unterzeichnet – ein weiterer Versuch, die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen zu verbessern. Die 2002 gegründete ICI, International Cocoa Initiative, sollte die Zusammenarbeit zwischen Industrie und den betroffenen Staaten erleichtern. Ziel war es, bis zum Jahr 2005 ein System der Zertifizierung umzusetzen.

Die ursprünglich vereinbarte Frist wurde jedoch nicht eingehalten. Die zweite lief ebenfalls im Juni 2008 erfolglos aus. Kinderarbeit und Menschenhandel florieren und bislang ist eine Änderung der üblichen Praxis ausgeblieben. Nun wurde eine neue Frist bis zum Jahr 2010 gesetzt. Offen bleibt angesichts des Scheiterns in den vergangenen Jahren die Frage, ob die Bemühungen seitens der Unternehmen lediglich das Firmenimage aufbessern oder tatsächlich dem Wohl der Kinder dienen sollen.

■ Nikoleta Schwachulla, EarthLink e.V. – The People & Nature Network, München

Tipp für den Schokolade-Kauf

Durch den Kauf fair gehandelter Produkte können die Menschen auf den Kakaoplantagen unterstützt werden. Der Faire Handel bürgt für gute soziale und ökologische Rahmenbedingungen. Es müssen Mindestlöhne gezahlt werden, ausbeuterische Kinderarbeit ist ausgeschlossen.

Im Gegenzug erhält der Produzent u.a. einen Festpreis pro Tonne und zusätzlich eine zweckgebundene Prämie für Entwicklungsprojekte vor Ort. Jede fair gehandelte Schokolade trägt dazu bei, dass Kinder einfach nur Kind sein können.

Nikoleta Schwachulla

„Wir fordern mehr Respekt!“

Sie arbeiten, um zu überleben und wenden sich vehement gegen ein generelles Verbot der Kinderarbeit: Kinder in Südamerika fordern das Recht auf Mitbestimmung

Geht man nach der Zahl der Ratifizierungen, dann ist die UN-Kinderrechtskonvention das bislang erfolgreichste Menschenrechtsdokument. Und auch wenn 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung viele Kinder kaum Nutzen daraus ziehen können, hat die Konvention zumindest den öffentlichen Diskurs über Kinder verändert. Sie macht aus Schutzbedürftigen, denen man helfen soll, Träger von Rechten. Die Staaten sind verantwortlich dafür, dass sie erfüllt werden. Neu war auch, dass Kinder das Recht haben, ihre Meinung frei auszudrücken (Artikel 13), sich zu organisieren und zu versammeln (Artikel 15) und in allen sie betreffenden Belangen Gehör zu finden (Artikel 12). Letzterer Artikel wurde sehr vorsichtig formuliert: Die Meinung des Kindes solle „entsprechend seinem Alter und seiner Reife“ berücksichtigt werden. Dennoch gibt es auch in Industriestaaten Nachholbedarf.

Nun wird niemand verlangen, dass ein Baby seinen Beitrag zu der Frage leistet, welche Krankenversicherung die Eltern für es abschließen sollen. Doch kritisch wird der Interpretationsspielraum der Kon-

vention immer dann, wenn Auffassungen der Erwachsenen denen der Kinder entgegenstehen. Kinderarbeit ist solch ein Konfliktpunkt. „Wir fordern mehr Respekt“, protestierten am 12. Juni dieses Jahres Kinder und Jugendliche, die zu Zehntausenden in der Organisation erwerbstätiger Kinder aus Lateinamerika und der Karibik (MOLACNATS) zusammengeschlossen sind. Unisono wandten sie sich gegen den »Internationalen Tag zur Abschaffung der Kinderarbeit«. Die Weltfinanzkrise wurde weder von Pedrito geschaffen, der in Peru Schuhe putzt noch von Juanita, die bei ihrer Tante in Kolumbien die Hausarbeit erledigt, argumentierten sie, sondern von den Herren, die für die Ausbeutung der armen Länder ebenso verantwortlich seien wie für gescheiterte Wirtschaftsreformen in ihren Ländern: „Wie schwer es doch ist, in einem neoliberal regierten Land zu arbeiten!“. Denn dort diene der Staat allein dem ausländischen Kapital, wenn er überhaupt etwas tue. Ein Tag gegen die Ausbeutung statt gegen die Arbeit von Kindern würde den Blick auf die Ursachen der Armut lenken und darauf, warum so viele von ihnen Geld verdienen müssten. Zwar sagen auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und Hilfsorganisationen, dass ihre Aktionen nur gegen ausbeuterische, schädliche Arbeit gerichtet seien, doch in der Praxis leiden die jungen Werktätigen immer wieder darunter, dass entgegen den Bestimmungen der UN-Konvention ihre Meinung nicht gehört wird.

Arbeit hat in Brasilien einen hohen Stellenwert

Zum Beispiel bei den von der ILO geförderten staatlichen Programmen zur Abschaffung verbotener Kinderarbeit in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. „Der Staat stellt uns als Gesetzesbrecher dar, statt uns bei der Arbeit zu schützen“, so Felipe Hernández, ein Straßenverkäufer. „Wenn wir arbeiten, können wir uns besser ernähren, können wir lernen... und auch wenn das viele nicht glauben: Wir können spielen.“ Doch immer wieder kommt die Polizei und vertreibt Felipe und seine Kollegen aus dem Stadtzentrum. „So müssen wir an gefährlicheren Plätzen und unter schlechteren Bedingungen arbeiten. Leider drängt die Polizei viele Kinder und Jugendliche in Diebstahl, Prostitution oder Bettelei“, beklagte Felipe im Namen der organisierten arbeitenden Kinder bei einer öffentlichen Anhörung.

Dass nur Ausbeutung verboten wird, dass sie besser geschützt werden, und dass der bildende Charakter produktiver Tätigkeit sogar in der Verfassung verankert wird, das hat die Union arbeitender Kinder (UNATSBO) in Bolivien erreicht. Im ursprünglichen Entwurf war pauschal von einem Kinderarbeitsverbot die Rede. Dabei hat Arbeit einen hohen moralischen Stellenwert insbesondere in traditionellen ländlichen Gemeinden. Und nicht nur auf den Feldern können Kinder wichtige Dinge lernen, um später ihr Leben bestreiten zu können. So protestierten die Kinder und Jugendlichen in den Straßen, sie telefonierten mit Parteienvertretern, suchten sich Unterstützung bei befreundeten Organisationen wie terre des hommes, sie diskutierten mit Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung und sogar dem Kanzler David Choquehuanca. Nun werden sie darauf drängen, dass die in ihrem Sinne verabschiedete neue Verfassung auch Wirklichkeit wird.

Die seit über drei Jahrzehnten stärkste nationale Bewegung arbeitender Kinder ist die in Peru. In verschiedenen Städten



Kinder setzen sich bei einer Demonstration für Mitbestimmung ein. Sie möchten selbstbestimmt arbeiten, beispielsweise in einem Saftstand, als Gemüseverkäuferin oder als Verkäufer auf einem Markt.

gibt es heute Schulen mit einem Lehrplan, der den Lebensbedingungen der arbeitenden Kinder angepasst ist. In zahlreichen Armenvierteln entstanden auf Initiative der Kinder Spielplätze oder Grünanlagen. Bei Krankheit oder Problemen in der Familie helfen sie sich gegenseitig. In selbst verwalteten Pensionen für Touristen, in Backstubben und Werkstätten können Kinder Geld verdienen, ohne dadurch ihre Schulausbildung oder Gesundheit zu gefährden. Manche Produkte wie Postkarten oder bedruckte T-Shirts gelangen über den Fairen Handel inzwischen nach Europa. Ein Kleinkreditprogramm hilft Kindern, Investitionen zu tätigen, um ihre Arbeitssituation und ihr Einkommen zu verbessern.

Aber schon seit längerem verfolgen die arbeitenden Kinder nicht nur ihre eigenen Interessen. In der Wüstenstadt Ica organisierten sie nach dem großen Erdbeben Nahrungsmittel und Kleidung für Tausende Kinder und Jugendliche, die ihr Zuhause verloren hatten. Der jüngste Erfolg: Die arbeitenden Kinder erreichten, dass die Stadt im Haushalt 2010 das Geld für ein neues Zentrum eingeplant hat. Dort sollen 3.000 Kinder künftig die Möglichkeit haben, bei Problemen unterstützt und gesundheitlich betreut zu werden. Und in der Bücherei werden sie auch viel über ihre Rechte lernen können.

■ Peter Strack, terre des hommes, Osnabrück

Literatur und Medientipps:

- Manfred Liebel: Kinderrechte aus Kindersicht, Wie Kinder weltweit zu ihren Rechten kommen, Berlin/Münster/Hamburg/London 2009.
- Deutsches NRO-Forum Kinderarbeit/ Klaus Heide (Hrsg.): Kinderarbeit – Kinderrechte, Beiträge zur Qualifizierung des Umgangs mit Kinderarbeit in kinderrechtlicher Perspektive, Heidelberg 2009.
- terre des hommes: Themeninfo »Kinderrechte«; Bestell-Nr. 401.1184.00 (kostenlos), Themeninfo »Kinderarbeit– Schule statt schuf-ten«, Bestell-Nr. 401.1172.01 (kostenlos); DVD »Tukuy Ninchis – Gemeinsam für alle«, Kinderbeteiligung in Bolivien, 35 Min., 6,50€, Bestell-Nr. 810.2746.00, Cochabamba 2006.

Alles halb so wild

Kinderarbeit ist gar nicht so schlimm, finden viele Deutsche. Eine Polemik



Junge in einem indischen Steinbruch.

Oft werde ich mit dem angeblichen Argument „Wenn wir den Kindern die Arbeit wegnehmen, müssen diese hungern und es geht ihnen noch schlechter“ konfrontiert. Wenn wir in Deutschland mit der Abschaffung der Kinderarbeit (im 19. Jahrhundert) gewartet hätten, bis die Armut abgeschafft gewesen wäre, dann hätten wir sicherlich noch heute ausbeuterische Kinderarbeit in Deutschland. Auch wurde die Sklavenarbeit in den USA immer wieder damit gerechtfertigt, dass es den Sklaven viel schlechter gehen würde, gäbe man ihnen die Freiheit. Und um ein Beispiel aus Indien zu benennen: Die Engländer begründeten ihre Weigerung, Indien in die Unabhängigkeit zu entlassen damit, dass es den Menschen dann schlechter ginge und sie verhungern würden. Alles hat sich als menschenverachtende Propaganda und als schlichtweg falsch erwiesen und schließlich zu der allgemei-

nen Erklärung der Menschenrechte geführt. Diese wurden um Kinderrechte erweitert und die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vom November 1989 ist von fast allen Ländern der Welt, bis auf Somalia und die USA, unterzeichnet.

In Indien hungern in der Tat Menschen und ganze Familien müssen arbeiten, um zu überleben – aber ist Kinderarbeit nun die Folge oder aber vielmehr der Grund für diese Situation?

Auch wenn ich persönlich der festen Überzeugung bin, nach 64 Reisen durch Indien in den letzten 30 Jahren, dass Kinderarbeit ein Grund für diese Armutssituation ist, so kann unabhängig von einer „wissenschaftlichen“ Diskussion ganz klar konstatiert werden, dass Kinder im schulpflichtigen Alter, denen das Recht auf eben diese Schulbildung verwehrt wird, weil sie arbeiten müssen, wieder Kinderarbeiter „produzieren“ werden. Ein Teufelskreis aus dem es nur einen Ausweg gibt: Durchsetzung des Verbots von Kinderarbeit. Gleichzeitig muss allerdings das Schulsystem in Ländern wie Indien dringend verbessert werden. Leider wird immer mehr Geld in weiterführende Schulen und in Hochschulen investiert und die Grundschulbildung wird vernachlässigt. Wer es sich leisten kann, schickt seine Kinder in Privatschulen, da die staatlichen Grundschulen in desolatem Zustand sind. Hier versuchen u.a. Hilfswerke auf eine notwendige Korrektur hinzuweisen und Beispiele dafür zu setzen, dass Grundschulbildung für alle möglich ist und von den Menschen auch gewünscht wird.

Damit ist das Scheinargument „Ich habe früher auch auf dem Feld der Eltern mitgearbeitet und dies hat mir nicht geschadet“ eindeutig widerlegt, denn man könnte sofort zurückfragen „Aha, Sie sind also Analphabet?“

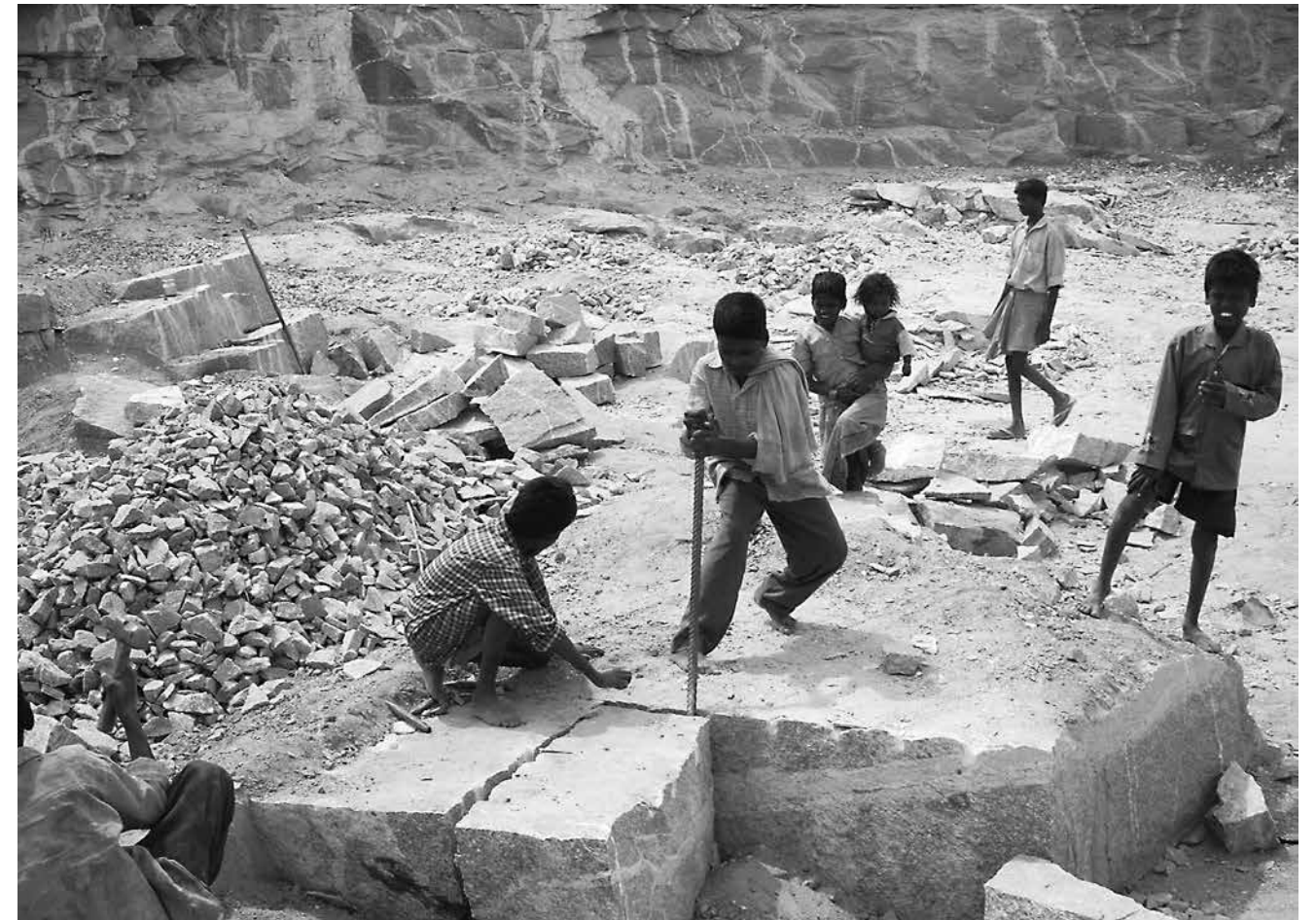
„Aber wie sieht es dann mit dem finanziellen Verlust aus, der durch das Ausbleiben der Kinderarbeit entsteht?“ In fast allen Fällen arbeiten Kinder für wesentlich geringeren Lohn als die Erwachsenen. Wenn man also das Verbot der ausbeuterischen Kinderarbeit durchsetzt, müssen die Arbeitgeber Erwachsene einstellen, die sich nicht so leicht ausbeuten lassen und zumindest den staatlich garantierten Mindestlohn einfordern. Damit kann z.B. in Indien eine Familie vollwertig ernährt werden und die Kinder können die Schule besuchen. In den Fällen, mit denen ich in meiner Arbeit konfrontiert bin, erhalten die Kinder fast ausschließlich überhaupt keinen Lohn und müssen fiktive Schulden der Eltern und Großeltern abarbeiten (Schuldknechtschaft). Die genannte Frage stellt sich also überhaupt nicht.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es gibt keine Alternative zur Durchsetzung des Verbots von ausbeuterischer Kinderarbeit, denn grobe Menschenrechtsverletzungen und Unrechtszustände können zwar begründet werden, sind aber durch nichts zu rechtfertigen. Ebenfalls keine Alternative gibt es zum gleichzeitigen Ausbau des Lernangebotes.

■ Benjamin Pütter, Misereor und Stein-Siegelinitiative XertifiX

Mannheim beschreitet neue Wege

Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit sind in Mannheim seit kurzem tabu. Engagierte Menschen setzten einen entsprechenden Beschluss durch. Ein Erfahrungsbericht



In Mannheim werden keine Pflastersteine mehr gekauft, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen.

Am Anfang unserer Initiative standen zwei „Entdeckungen“: Einmal ein Artikel in einer Zeitschrift, in dem die Problematik der Kinderarbeit in den Steinbrüchen von Indien dargestellt wurde. Zum anderen die Beobachtung, dass die Stadt Mannheim eine große Straße im Stadtkern und einen größeren Platz am Neckar mit Steinen aus China bepflastern ließ. Ein erster Briefwechsel mit dem damaligen Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder im Ja-

nuar 2007 brachte die Bestätigung, dass die Steine in der Tat aus China via Rotterdam angeliefert worden waren. Weitere Nachforschungen zeigten, dass es einen Produktions- und Lieferverbund zwischen Indien und China gibt. Deshalb konnten die China-Steine durchaus etwas zu tun haben mit den indischen Steinbrüchen und den dort herrschenden schlechten Arbeitsbedingungen. Bevor nun zu irgendeiner Aktion übergegangen werden konnte,

mussten wir vom Eine-Welt-Forum Mannheim uns intensiv mit der Problematik befassen. Dabei half die Organisation „XertifiX“ aus Freiburg. Bei unseren Recherchen erfuhr wir, dass die Fraktion der „Grünen“ im Mannheimer Stadtrat bereits im November 2006 einen entsprechenden Antrag eingebracht hatte, der aber noch nicht behandelt worden war.

Als weiteren Schritt informierten wir die Mannheimer Öffentlichkeit

und versuchten, möglichst viele Menschen zur Mitarbeit zu mobilisieren. Auf einem Stand anlässlich des Ökumenischen Kirchentages im Juni 2007 in Mannheim haben wir viele Menschen angesprochen und zahlreiche Unterschriften gesammelt, die dem Mannheimer Oberbürgermeister und den Gemeinderats-Fraktionen übergeben wurden. Ziel der Aktion: Der Antrag der Grünen solle so schnell wie möglich behandelt und positiv entschieden werden. In einer Informationsveranstaltung im November, organisiert und unterstützt von einem breiten Bündnis, konnte Dagmar Vogt-Sädler, Leiterin des Umweltamtes der Stadt Neuss, ihre Erfahrungen darlegen und den Druck auf Mannheim verstärken.

Der Gemeinderat fasste im Juli den beantragten Beschluss

In der Zwischenzeit versandten wir mehrmals Briefe an die Bürgermeister und alle Gemeinderäte. Hierbei wurden besonders die gewerkschaftlich organisierten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat angesprochen. Wir erfuhren, dass sich die Beschlussfassung lediglich auf die ausbeuterische Kinderarbeit begrenzen sollte und forderten nachdrücklich, dass alle Kernarbeitsnormen Bestandteil des Beschlusses sein sollten.

Am 22. Juli 2009 fasste der Gemeinderat dann den beantragten Beschluss. Die von uns eingebrachten Korrekturen und Anmerkungen fanden allerdings keine Berücksichtigung. Sie sollen später bei den Vergaberichtlinien eingebaut werden. Der Beschlusstext im Wortlaut: „Bei allen Ausschreibungen und sonstigen Beschaffungen von Lieferleistungen werden zukünftig möglichst nur noch Waren bezogen, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Zum Nachweis dienen unabhängige Zertifizierungen oder, wo es für die betroffenen Produkte keine Zertifizierung gibt, eine Bestätigung des Anbieters auf Einhaltung der Normen.“ Die Regelungen werden in der Vergabeordnung verankert und in die

städtischen Vertragsbedingungen für Lieferanten (VOL) aufgenommen. Um einen Stadtratsbeschluss in konkretes Verwaltungshandeln zu überführen ist eine intensive Nacharbeit notwendig. So hat die Stadt die Vergabeordnung immer noch nicht entsprechend ihres Beschlusses überarbeitet. Wir vom Forum haben darum unsere Öffentlichkeitsarbeit fortgesetzt und den Druck auf die Gemeindevertretung verstärkt.



Inzwischen gibt es in Deutschland von Xertifix zertifizierte Firmen, die Steine anbieten, welche ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden.

Unsere Aktionen:

- Die Attac-Gruppe Mannheim hat am 1. Mai einen globalisierungskritischen Rundgang durch die Stadt organisiert. Dabei wurde sowohl die problematische Herkunft der Pflastersteine als auch der Beitrag des Forums zum Beschluss dargelegt.
- In einer Veranstaltung des Mannheimer Umweltforums, als Akteur des Mannheimer Agenda 21-Prozesses, konnte über örtliche Initiativen eine Vertreterin des Eine-Welt-Forums die Notwendigkeiten für ein faires, öffentliches Beschaffungswesen darstellen.
- Mehrmals wurden Gespräche mit den „Akteuren“ der Stadt, die für

die Umsetzung des Beschlusses verantwortlich sind, geführt. Solche Prozesse laufen gewöhnlich langsam an. Als Bremse in Mannheim erweist sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise auch die viele Arbeit, die das Konjunkturprogramm II mit sich bringt. Dennoch lässt sich ein erster Erfolg erkennen: Die öffentlichen Ausschreibungen für Produkte aus dem Süden verlangen alle die Anwendung der ILO-Kriterien. Konkret handelt es sich derzeit um Pflastersteine, die im Rahmen einer Stadterneuerung verwendet werden sollen. Ferner geht es um Holzprodukte und Dienstkleidung.

Die Qualität der Regelungen muss immer wieder überprüft werden

Es ist nicht einfach, die richtigen Zertifizierungen zu finden und zwischen diesen und so genannten freiwilligen Selbstverpflichtungen der Produzenten zu entscheiden. Die Qualität dieser Regelungen muss immer wieder überprüft und hinterfragt werden.

Die zunehmende Zahl solcher Beschlüsse in Gemeinden und Ländern bietet die Möglichkeit eines intensiveren Austausches auch unter den Initiativgruppen wie „Eine Welt Foren“ über die Umsetzung der Vereinbarungen im öffentlichen Beschaffungswesen.

Die Aktion des Mannheimer Eine-Welt-Forums ist ein Beispiel unter Tausenden dafür, dass lokale Gruppen durchaus auf die Ausgestaltung der Politik Einfluss nehmen können. Wie heißt es doch in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“: „Die lokalen Bürgergruppen können ihr Wissen, ihre Kraft und ihre Leidenschaft für mehr Nachhaltigkeit vor Ort einsetzen. Sie können lokal handeln: manchmal vergebens, oft erfolgreich – nie umsonst.“

■ Angela Hidding, Mitglied im Eine-Welt-Forum, Mannheim

Produkte, in denen ausbeuterische Kinderarbeit stecken kann:

Lebensmittel:

Tropische Früchte, Gewürze, Kaffee, Kakao, Orangensaft, Reis, Schokolade, Tee, Zucker aus Zuckerrohr.

Konsumgüter:

Berufsbekleidung, Bleistifte und Radiergummis, Blumen, Feuerwerkskörper, Handys und Kommunikationsgeräte, Heimtextilien, billige Holzprodukte, Lederprodukte, Natursteine für Straßen- und Gartenbau, Grabsteine, Spielzeug, Sportbälle und Sportbekleidung, handgeknüpfte Teppiche.



Erbarmungslose Welt: Baby in einem Tuch. Die Eltern leben und arbeiten in einem indischen Steinbruch.

Seminare: „Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“

Zu den Veranstaltungen sind alle Interessenten aus den Stadtverwaltungen, der Kommunalpolitik und aus den lokalen Weltläden und Gruppen herzlich eingeladen.

Termine der Veranstaltungen:

15. Oktober
von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr
Schwäbisch Gmünd,
großer Sitzungssaal im Rathaus

30. Oktober
von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr
Reutlingen,
Umweltbildungszentrum /
Listhof, Friedrich-List-Hof 1

20. November
von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr
Esslingen,
Bürgersaal des Alten Rathauses

Kontakt

Ansprechpartnerin für das Beschaffungsprojekt des DEAB: Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, DEAB, Uta Umpfenbach, Tel. 0711/25394025, u.umpfenbach@deab.de

Training: Faire Beschaffung in Kommunen

Faire Beschaffung ist ein aktuelles Thema für viele Kommunen. Faire Beschaffung vermeidet Produkte, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit und unter Verletzung von Sozialstandards hergestellt wurden. Damit leisten Kommunen einen Beitrag zu globaler Gerechtigkeit. Doch wie kann der Einstieg in eine faire Beschaffung gelingen und wie sieht faire Beschaffung in der Praxis aus? Welche Produkte sind betroffen und welche Alternativen existieren?

Das forum für internationale entwicklung + planung (finep) bietet zu diesen Fragen im Rahmen eines von InWEnt/BMZ geförderten Projektes ein kostenloses Informationsangebot, bestehend aus einer 2-stündigen Schulung zum Thema faire Beschaffung sowie anschließender individuellen Beratung. Das Angebot richtet sich an alle Kommunen, die an dem Thema faire Beschaffung interessiert sind.

Information: www.finep.org, Kai Diederich, Tel.0711/91242692, kai.diederich@finep.org

Kornwestheim wird faire Stadt

Im Beschlussvorschlag in der Vorlage 223/2008, die der Verwaltungs- und Finanzausschuss der Stadt Kornwestheim am 29. Mai 2008 zu behandeln hatte, stand geschrieben: „...dem Gemeinderat zu empfehlen, dass im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen künftig nur noch Produkte Berücksichtigung finden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden“. Hintergrund dieses Vorschlags war ein Antrag der Fraktion Grüne/Bürger, der bereits in den Haushaltsberatungen vergangenen Herbst gestellt wurde.

Konkret betrifft es folgende Produkte: Sportartikel, Dienst- und Schutzkleidung, Natursteine (Grabsteine) und Pflastersteine, Lederprodukte, Kakaoprodukte, Kaffee, Tee und Orangensaft, Schnittblumen.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss stimmte dem Verwaltungsvorschlag einstimmig zu. Vier Wochen später, am 24. Juni 2008, folgte der Gemeinderat ebenfalls einstimmig der Beschlussempfehlung. Im Februar 2008 erhielt ich Antwort auf meine Anfrage im Januar, wie denn der Beschluss nun umgesetzt sei, da man außer dem Verschwinden von Coca Cola aus den Sitzungen noch nichts davon sehen könne. Die Antwort lässt den Schluss zu, dass der Beschluss auch tatsächlich umgesetzt wird.

Dennoch ist es wichtig, immer dranzubleiben und das zu kontrollieren. Von daher ist ein Gemeinderatsbeschluss das sehr viel tauglichere Mittel zur tatsächlichen Realisierung fairer Beschaffung, als dies eine verwaltungsinterne Anweisung oder eine Selbstverpflichtung sein könnte. Es existiert einfach demokratische Kontrolle.

Faire Beschaffung in Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg will bei öffentlichen Aufträgen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkaufen

In Baden-Württemberg gilt seit 1. Oktober 2008 die unter Federführung des Wirtschaftsministeriums eingeführte „Verwaltungsvorschrift der Ministerien zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“. Mit dieser Regelung ist das Land Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern Vorreiter unter den Bundesländern.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister MdL betonte bei der Veröffentlichung der neuen Regelung: „Wir wollen dazu beitragen, dass Kinder in der Dritten Welt ein menschenwürdiges Leben führen können und möchten nicht, dass wir indirekt über öffentliche Aufträge dazu beitragen, dass in anderen Teilen der Welt durch ausbeuterische Kinderarbeit elementare Menschenrechte verletzt werden. Von der öffentlichen Hand wird hier ein gutes Vorbild erwartet. Wir ermutigen zudem Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber, sich dem Vorgehen des Landes anzuschließen. Besonders soll damit auch das Problembewusstsein bei den Unternehmen und privaten Verbrauchern gestärkt und so die Bekämpfung der ausbeuterischen Kinderarbeit als gesamtgesellschaftliches Anliegen unterstützt werden.“

Anbieter müssen eine Eigenerklärung abgeben

Mit der Verwaltungsvorschrift hat die Landesregierung einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen des Landtags vom November 2007 Rechnung getragen, die gefordert hatten, bei öffentlichen Beschaffungen den Erwerb von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu vermeiden.

Die neue Regelung zielt insbesondere auf den Einkauf solcher Produkte, die in Asien, Afrika oder Lateinamerika hergestellt oder bearbeitet wurden und bei denen ausbeuterische Kinderarbeit nicht von vornherein auszuschließen ist. Dazu gehören vor allem: Sportbekleidung, Sportartikel (z.B. Bälle), Spielwaren, Teppiche, Textilien, Lederprodukte, Billigprodukte aus Holz, Natursteine sowie Agrarprodukte wie Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft sowie Blumen. Hier müssen die Anbieter, die sich um Aufträge von Behörden oder Betrieben des Landes bewerben, künftig eine Eigenerklärung abgeben, dass die Herstellung beziehungsweise Bearbeitung der zu

liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit erfolgt. Die Abgabe einer wissentlich oder vorwerfbar falschen Erklärung zieht den Ausschluss von der laufenden Auftragsvergabe nach sich und kann auch zum Ausschluss bei künftigen Vergaben führen. Mit dieser Eigenerklärung wurde aus Sicht der Landesregierung eine sachgerechte Lösung gefunden, die den Aufwand für die Unternehmen so niedrig wie möglich hält. Vergleichbare Eigenerklärungen verlangen öffentliche Auftraggeber von den Bietern auch hinsichtlich der Zahlung von Steuern und Sozialbeiträgen.

Kommunen wird empfohlen, die Regelung ebenfalls anzuwenden

Die Verwaltungsvorschrift gilt unmittelbar für alle Behörden und Betriebe des Landes Baden-Württemberg sowie die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die § 55 der Landeshaushaltsordnung zu beachten haben. Die übrigen Unternehmen und Beteiligungen des Landes wurden gebeten, entsprechend zu verfahren. Den Kommunen und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie den Zuwendungsempfängern des Landes wurde empfohlen, die Regelung ebenfalls anzuwenden.

Um die Unternehmen in Baden-Württemberg über die Problematik der ausbeuterischen Kinderarbeit und die Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu informieren, hat das Wirtschaftsministerium zudem am 14. September 2008 alle relevanten Unternehmer-, Branchen- und Arbeitgeberverbände des Landes über den Landtagsbeschluss informiert und sie darum gebeten, sich vor allem der Aufforderung anzuschließen, auf Produkte, die unter Inkaufnahme ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden, zu verzichten, und dieses Anliegen an alle Mitgliedsunternehmen in geeigneter Form heranzutragen.

■ Manfred Fischer, Referent für das öffentliche Auftragswesen, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Alter Wein in neuen Schläuchen

Waskann dervorherrschenden Ökonomie entgegengesetzt werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt der ZEB-Zieletagung in Stuttgart

Die Finanzkrise, die sich schnell zur Wirtschaftskrise entwickelte und die viele inzwischen als eine Krise des gesamten Wirtschafts- und Politikmodells begreifen, kam nicht unangekündigt. Fachleute hatten seit Jahren davor gewarnt. Diese Krise trifft die Ärmsten am härtesten – die Zahl der in absoluter Armut lebenden und sterbenden Menschen steigt erschreckend. Gleichzeitig nehmen weltweit zivilgesellschaftliche (Selbst-) Organisationen und Modelle solidarischen Wirtschaftens rasant zu. In der weltweiten Ökumene wird von der Notwendigkeit einer Transformation der herrschenden Ökonomie gesprochen. Das war das Thema der ZEB-Zieletagung im Juli in Stuttgart-Birkach. Im Folgenden zwei Schlaglichter.

Werner Gebert führte mit seinem Kabarett in die Wunderwelt des Geldes ein: „Geld ist, wie wir alle wissen, ein Tremendum et Fascinosum, d.h. es erschüttert uns bis ins tiefste Mark und fasziniert uns, vor allem, wenn wir keins haben. Fasziniert haben mich beim Geld die Größenordnungen. Die Zeiten sind vorbei, in denen meine Tante Frieda uns Kindern den guten Rat gab: „Mit zwei Pfennig kann-

sch weit komma, wenn'd nix ausgibsch.“ Das ist zwar immer noch richtig, aber es bildet einen unübersehbaren Kontrast zu den zwei- bis vierstelligen Billionen Beträgen, mit denen die Investmentbanker bis vor kurzem jongliert haben – und schon wieder jonglieren, obwohl oder weil nach Berechnungen der Asiatischen Entwicklungsbank in der Finanzkrise 2008 weltweit ca. 40 Billionen Euro „vernichtet“ wurden. Die Staaten können bei diesen Größenordnungen nicht mithalten. Die staatlichen Sanierer spendierten für die Banken-Rettungsschirme, Bad Banks, Schuldenübernahmen u.a. weltweit zwischen 15 und 25 Billionen US-Dollar. Die Geldmengen, die bei den Großbanken unter Derivate firmierten, erreichten dagegen Größen von 1.000 bis 2.000 Billionen US-Dollar. So genau weiß man das nicht. Zum Vergleich: Das BIP Deutschlands 2008 lag bei 2,5 Billionen Euro (also schon etwas mehr als ein Promille davon)... Den Zockern muss das Handwerk gelegt werden. Millionen Menschen in aller Welt haben sich auf einen langen Weg gemacht und arbeiten an Alternativen, an einer Wirtschaft im Dienst des Lebens, an einer wirklich solidarischen Ökonomie, an einer bewohnbaren Erde.“

Barbara Rauchwarter, Theologin an der Evangelischen Akademie Wien, sprach über eine Ökumenische Spiritualität des Widerstandes und der Transformation: „Widerständig leben hieße für meine Begriffe, das Feld der Konsumentenscheidungen schrittweise zu verlassen. Widerständig leben hieße, die Form der medialen Information, die uns angeboten wird, zu verweigern und die Sprache des Einspruchs neu zu lernen. Widerständig leben hieße, Orte der Gemeinschaft suchen, Zugehörigkeit anbieten und tragen, Orte des Anteilnehmens und Anteilgebens bilden. Widerständig leben hieße sich einzumischen und die Einmischung nicht anderen zu überlassen.“

Frau Rauchwarter lud ein zu einem neuen Verständnis von Ohnmacht:

„Nicht die Ohnmacht, die mich von Entscheidungsprozessen abhält und mir das Mitspracherecht verweigert, meine ich hier, sondern Ohnmacht in einer anderen Form. Sie fordert wohl das größte Maß an innerer Freiheit. Sie verlangt das größte Risiko. Vollkommen erscheint sie mir in dem Bild Jesus vor Pilatus: Du kannst mich töten aber nicht beherrschen. Aber ich denke, wir können von diesem Mann Jesus zunächst anderes lernen, das, was ich

mit Werner Simpfendörfer Shalom-Kultur nennen möchte: Das Vertrauen in den kleinen Anfang, in die Lebenskompetenz der Kleingemachten; den aufrechten Gang der Eigensinnigen; das beharrliche Benennen von Unrecht; etwas, das uns schwerer wird, weil es dort keine Rangvorteile geben darf: Vernetzung – die Stärke der kleinen Gemeinschaften. Kirche wäre ein guter Ort des Einübens.“

In einem „World Café“ wurden konkrete Aktionen und Modelle für Gerechtigkeit und Frieden vorgestellt, diskutiert und weiter entwickelt. Einig waren sich die Teilnehmenden, dass Kirche(n), Gemeinden und diakonische Einrichtungen ihre Ökonomie durchgehend auf soziale und ökologische Aspekte überprüfen und dringend entsprechende Standards einführen müssen. Kirche müsse auch in Politik und Wirtschaft viel stärker zur Anwältin für entrechtete Menschen und die zunehmend zerstörte Schöpfung werden.

Pfr. Reinhard Hauff, Leiter des ZEB und DEAB-Vorstand.

Dokumentation als PDF: zeb.wue@t-online.de

Wir werden versklavt

In den Textilfabriken des Südens schufteten Frauen für Hungerlöhne. Über ihre Erfahrungen berichtete eine ehemalige Textilarbeiterin in den Weltläden Friedrichshafen und Tübingen



Mariela Quintanilla

Als sie in Deutschland angekommen ist, hat sie sich in den Geschäften umgeschaut und sich gewundert. „Hier kostet Outdoor-Kleidung oft 300 Euro – das ist ein Gutteil dessen, wovon bei uns in El Salvador eine vierköpfige Familie einen Monat lang leben könnte“, sagt Mariela Quintanilla.

Situation der Näherinnen ist schwierig

Über diese Unverhältnismäßigkeit sowie die empörenden Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken ihres Landes, sprach die engagierte Frau in den Weltläden Friedrichshafen und Tübingen. Auf Einladung der Christlichen Initiative Romero e.V.

(CIR) kam Quintanilla im Juli nach Deutschland, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Zehn Jahre lang gehörte sie zu jenen Frauen, die in den Weltmarktfabriken ihres Landes Textilien für international bekannte Kleidungsmarken produzieren. Bis Ende 2008 hat sie in einer solchen Fertigungsstätte gearbeitet. Mittlerweile engagiert sich Quintanilla als Mitarbeiterin des salvadorianischen Comité Nacional Laboral, einer gewerkschaftsnahen Nichtregierungsorganisation, für die Rechte ihrer Kolleginnen. Insbesondere den Näherinnen in Fabriken für Outdoor-Kleidung hat ihr Augenmerk in den vergangenen Monaten gegolten: Mariela Quintanilla hat an einer Studie mitgewirkt, die die Situation der Näherinnen beleuchtet. Quintanilla erläutert: „Die Textilfabriken, bei uns Maquilas genannt, sind der Hauptarbeitsort für Frauen in El Salvador – aber gleichzeitig ein Hort gravierender Verletzungen von Arbeits- und Frauenrechten.“ Für das, was in den Ländern des Nordens auf der Haut getragen wird, müssen im Süden Frauen ihre Haut zu Markte tragen.

Wir bekommen Hungerlöhne

Nicht zuletzt die Löhne stellen dabei für die Näherinnen in den Maquilas ein gravierendes Problem dar. „Was wir bekommen, sind Hungerlöhne“, kritisiert die 30-jährige Frau. Die Zahlen geben ihr recht. In den salvadorianischen Zulieferbetrieben internationaler Bekleidungsunternehmen wird zwar der nationale Mindestlohn gezahlt – aber der reicht nicht zum Leben: Eine Näherin verdient am Tag 5,79 US-Dollar. Am Ende des Monats macht das rund 173 Dollar, abzüglich elf Dollar Sozialleistun-

gen. Rund 700 Dollar aber benötigt in El Salvador laut Regierungsstatistiken eine vierköpfige Familie jeden Monat, um ihren Grundbedarf finanzieren zu können.

Im Rahmen der von ihr mitgetragenen europaweiten Kampagne für Saubere Kleidung macht die in Münster ansässige Christliche Initiative Romero mobil gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Textilfabriken des Südens. Für die Situation in den Outdoor-Bekleidungsfabriken hat die deutschlandweit tätige Initiative in Anspielung auf das „grüne“ Image der Branche eine griffige Formel gefunden: Nachhaltige Ausbeutung. Eine Sicht, die Mariela Quintanilla teilt: „Wir sind gezwungen, uns zu versklaven.“ Ihr Appell: „Durch internationalen Druck hat sich bereits eine gewisse Sensibilität entwickelt. Aber nur weiterer Konsumentendruck auf die Unternehmen der Outdoor-Bekleidungsbranche kann an der Situation der Fabrikarbeiterinnen etwas ändern.“

■ André Hagel,
Christliche Initiative Romero

Tipp für den Einkauf

Beim Einkauf von Textilien faire Kleidung bevorzugen. Unternehmen, die beispielsweise Mitglied in einer Multi-Stakeholder-Initiative wie der Fair Wear Foundation (FWF) sind, akzeptieren eine unabhängige, effektive Kontrolle ihrer Arbeit. Mitglied sind z.B. Hess Natur und die Outdoor-Marke Mammut. André Hagel

Lustvolle, grüne Modenschau

Die öko-faire Mode boomt. Nicht nur Modebewussten bereitet sie Spaß und ungetrübte Freude

Der Boom der öko-fairen Mode ist ungebrochen. Lustvoll und mit viel Engagement kreieren junge Designerinnen und Designer Kleidung, die mit dem einstigen Kartoffelsack-Look nichts mehr gemein hat. Jeans, trendige Shirts, feminine Blusen, edle Kleider – modebegeisterte Frauen und Männer stehen vor einer groß-

en Auswahl. Wer keinen Laden in seiner Nähe hat, geht im Internet auf die Suche. Verspielte Kleidung bietet hier beispielsweise Daniela Lehle mit „Glücksstoff“ an (www.gluecksstoff.de). Ihre Modelle werden bio, fair und vegan produziert. Für ihre freche Mode erhielten Armed Angels (www.armedangels.de) den Gründerpreis der „Wirtschaftswoche“. Göttin des Glücks setzt bei Damen auf elegante Kreationen, während Männer Legeres erwerben können (www.goettindesgluecks.at). Mit ihrer Firma Milch (www.milch-fairtradeshirt.de) produziert Inhaberin Nina Lorkovic eine kleine Auswahl an öko-fairen Modellen. Ihr wichtigstes Standbein sind bio-faire Merchandising-Shirts und -Taschen für Unternehmen. Öko-faire Mode mit französischem Charme präsentiert Ethos (www.ethosparis.com). Diese Firma ist in vielen Weltläden zu finden, ebenso wie Waliki





Ethos



Göttin des Glücks



Göttin des Glücks



Göttin des Glücks



Milch



Waliki

Caminando Juntos



Grüne Mode ist der Trend von morgen



Ethos



Hess Natur



Hess Natur

(www.walikioutlet.com). Waliki kreiert Mode für jung und alt und bietet unter anderem Kleidungsstücke aus Surihaar, einer Alpakarasse, an, die in den Wintermonaten warm halten und dabei herrlich leicht sind. Caminando juntos setzt auf südländischen Flair.

Lässige Schuhe mit Sohlen aus Naturkautschuk gibt es bei Ethletik, die von der Freiburger Firma FairDeal Trading (www.fairdealtrading.de) vertrieben werden. Unterwäsche bietet die britische Firma Pants to Poverty an (www.pantstopoverty.com), die kürzlich zu einer spektakulären Tauschaktion aufrief (siehe Rubrik Aktuelles). Frischen Wind hat Stardesigner Miguel Adrover in das Haus von Hess Natur (www.hessnatur.de) gebracht.

Erfreulicherweise gibt es mittlerweile in vielen Städten Geschäfte, die öko-faire Mode führen. Auch viele Weltläden haben die grüne Mode entdeckt, z.B. in Backnang, Bad Waldsee, Esslingen, Fellbach, Freiburg (Weltladen Gerberau), Göppingen, Heidenheim, Ludwigsburg, Mannheim, Ravensburg.

■ Susanne Popp-Schnell

Mehr Details zum Angebot grüner Mode in Weltläden unter: www.deab.de.



Die Stadt-Schokolade ist da!

Sie sind beliebt wie kaum ein anderes Produkt: die fairen Stadt-Schokoladen

Viele Weltläden in Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren gute Erfahrungen mit der so genannten Stadt-Schokolade gemacht. Das Konzept ist einfach: Ein Handelshaus bietet die Schokolade aus Fairem Handel an, ein Weltladen erstellt die Banderole nach seinen Wünschen. „Unsere Stadt-Schokolade ist ein sehr großer Erfolg“, sagt beispielsweise Claudia Irion-Kurle, Mitarbeiterin des Weltladens Reutlingen. Hergestellt wurde die Reutlinger Schokolade mit der Geschmacksrichtung Nougat vom Chocolatier Zotter, bezogen wird sie über die Fairhandelsgenossenschaft dwp. Auf der Banderole ist eine Reutlinger Stadtansicht zu sehen. Das Weltladen-Team bot seine Stadt-Schokolade nach der Sommerpause im Jahr 2007 an. Innerhalb eines Jahres stieg der Umsatz auf 4.000 Tafeln. Weder Werbung noch sonstige Marketingaktionen waren für diesen Erfolg nötig. Irion-Kurle: „Es ist völlig unkompliziert, eine Stadt-Schokolade zu initiieren. Wichtig ist, dass die Sorte nicht zu exotisch, das

Motiv allgemein ansprechend ist.“ Inzwischen hat das Weltladen-Team eine zweite Stadt-Schokolade mit einem neuen Reutlinger Motiv ins Sortiment aufgenommen. „Wir haben ungefähr 30 Stunden Arbeit investiert, dann lief der Verkauf unserer Stadt-Schokolade wie von selbst“, resümiert Simone Kegelmann, Weltladen Friedrichshafen. Als die Friedrichshafener Gruppe ihre Stadt-Schokolade im Herbst 2006 einfuhrte, war der Boden durch den Städte-Kaffee Frederico bereits geebnet. „Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, unsere Schokolade in ihre Geschenkarbeit aufzunehmen“ so Kegelmann. Sind genügend Kapazitäten im Team vorhanden, plädiert Kegelmann dafür, prominente Kooperationspartner zu gewinnen, Marketingaktionen durchzuführen und Pressearbeit zu leisten.

Der Erfolg der Stadt-Schokoladen spricht für sich. Mittlerweile haben 18 Weltläden in Baden-Württemberg eigene Stadt-Schokoladen aufgelegt. Seinen Anfang nahm der Siegeszug dieser Marketingidee im Weltladen Ravensburg, der zur Fairhandelsgenossenschaft dwp gehört. Hier wird die Mango-Schokolade von einem typisch

städtischen Motiv, dem Mehlsack, geschmückt. Weitere Geschmacksrichtungen und Motive ergeben zusammen eine eigene kleine Edition. Weltladen-Mitarbeiter Georg Schmitz resümiert: „Die Stadtschokolade ist sehr hilfreich für den Fairen Handel in unserer Stadt“. Nach der ersten Euphorie lasse die Nachfrage zwar leicht nach, doch zusätzliche Motive und neue Aktionen, bei denen die Tafeln zum Einsatz kommen, machen die Schokolade für Kundinnen und Kunden immer wieder aufs Neue interessant.

Einige Weltladen-Mitarbeitende nannten die kurze Haltbarkeit der Schokolade als Problem, insbesondere, wenn sie von anderen Geschäften abverkauft werde. Diese ist tatsächlich aus Gründen der Frische und Qualität deutlich kürzer als z.B. gesetzlich vorgeschrieben. Alle genannten Weltläden haben ihre Stadt-Schokoladen über dwp bezogen. Seit kurzem bieten jedoch auch die Fairen Handelshäuser EL PUENTE und GEPA Stadt-Schokoladen an. GEPA überarbeitet derzeit die Konditionen.

■ Susanne Popp-Schnell

	EL PUENTE GmbH	dwp
Anzahl Sorten	Pralinenschokoladen, aus dem Standardsortiment nur auf Anfrage	Standardsortiment Zotter, ca. 40 Schokoladen und Labookos
Größe der Schokolade	Pralinenschokoladen 75 g, Standardsortiment 80 oder 100 g	70 Gramm
Fair-Handelsanteil	mindestens 51%, abhängig von Sorte	mind. 50% bis 100% (pure Labookos)
Bio-Qualität	Standardsortimentja, Pralinenschokolade ab Ende 2009 in BIO lieferbar.	ja (außer Mangoschokolade)
Mind. Abnahme Schokolade	1.000 Stück bei Pralinenschokoladen/ Standardsortiment nur auf Anfrage	100 Stück pro Sorte
Mind. Druckauflage Banderolen	Prinzipiell ist jede Auflage möglich	100 Stück
Durchschnittliche Haltbarkeit	9 Monate	6 bis 12 Monate
Empfohlener Verkaufspreis	derzeit 2,99 Euro für 75 g	2,90 – 3,10 Euro
Besonderheit	eigene Kreationen möglich, z.B. in Kombination mit Produkten der Region	auch 20g Trinkschokoladen (ca.10 Sorten)



Stadt-Schokoladengibt es in vielen Geschmacksrichtungen und mit vielfältigen Motiven. Oben ist die Stadt-Schokolade von Bad Waldsee zu sehen, darunter die Stadt-Schokolade von Albstadt, die Bezug auf die typischen Heideflächen der Alb nimmt.

Fair Trade für Gastronomen

Restaurants, in denen Speisen aus ökologischen und fair gehandelten Zutaten angeboten werden, sind bislang noch rar. Möglicherweise werden kritische Genießer bald eine größere Auswahl vorfinden. Denn im Frühjahr besuchten 20 Gastronomen die Fortbildung "EduCate" (Educating the Catering Sector in 3 Remote Areas to Save Cultivated Landscapes), welche im PLENUM-Gebiet Heckengäu stattfand und zum Ziel hat, Gastronomen aus dem ländlichen Raum für regionale, biologische und fair gehandelte Lebensmittel zu sensibilisieren. Grundlage dieser Fortbildung ist ein Handbuch, das eine Arbeitsgemeinschaft mit Partnern aus Spanien, Slowenien, Österreich und Deutschland entwickelt hat und dessen Anwendbarkeit in Deutschland, Slowenien und Österreich erfolgreich getestet wurde.

Das Thema Fairer Handel stieß bei den Gastronomen auf großes Interesse. Obwohl es sich bei den Teilnehmenden um Experten bezüglich biologischer Produkte und Slow Food in der Gastronomie handelte, waren viele Aspekte des Fairen Handels neu und das Interesse an innovativen Möglichkeiten groß. Qualitätsprodukte müssen einen fairen Preis für den Erzeuger haben: Dies war für die Gastronomen ein nachvollziehbarer Ansatz, denn auch sie haben mit der „Geiz-ist-geil“-Mentalität zu kämpfen. Die Idee, bei einem örtlichen Aktionstag mitzumachen stieß auf großes Interesse. Auch die Faire Woche können sich die Teilnehmenden als gute Einstiegsmöglichkeit für die Integration von fair gehandelten Produkten vorstellen. Die Reaktionen der Gastronomen zeigen, dass das Thema Fairer Handel auch in der Gastronomie ankommt. Das erste Stück des Weges ist geebnet: Gastronomen haben erfahren, wie und wo sie fair gehandelte Lebensmittel beziehen können und in welchen Bereichen ein Einstieg (einfach) möglich ist. Nun liegt es an uns Gästen, in der Gastronomie nach fair gehandelten Produkten zu fragen!

Frederike Hassels,
forum für internationale entwicklung + planung

Das Handbuch EduCate bietet Interessantes für Institutionen aus den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Landschaftsplanung u.a.:
www.oepf.de oder www.finep.org
Fortbildungen bieten finep (forum für internationale entwicklung + planung) und Ökologie-Planung-Forschung an. www.oepf.de, www.finep.org

Fühlen Sie das mal!

Geht nicht?
Dann probieren Sie das Original
aus 100% reinem Alpaka.

Schauen Sie in Ihrem Weltladen
vorbei oder fordern Sie kostenlos
unseren Versandkatalog an.

WALIKI
der zertifizierte Fairhändler
für Alpaka-Strickmode.
Katalog unter (05121) 131714
oder katalog@waliki.de

www.waliki.de

Radtouren in Afrika
Abenteuer und Erlebnis:
Tansania/ Kilimanjaro,
Madagaskar, Äthiopien,
Senegal/ Gambia, Burkina
Faso, Uganda ...
Kontakt:
info@afrika-erleben.de
Tel: 030/396 47 42,
www.afrika-erleben.de

Von Kyros zu Khomeini
Rundreise durch das klas-
sische Persien: Ekbatana,
Susa, Persepolis, Susa,
Isfahan und viele andere. Die
Bauten, ihre Geschichte und
der Geist, der dahinter steht.
19. Mai bis 2. Juni 2010, ca.
2.200 €. Kontakt: Ilse und
Helmut Falkenstörfer,
Remsstr. 58, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/64 3 99,
Fax und AB 07181-25 67 33,
ihd.falkenstoerfer@t-online.de

Bildquellen:
Titelfoto: KASA, Dirk Haarmann
S. 4: Splett
S. 5: Unicef
S. 7: Meissner/Welthungerhilfe
S. 8: KASA, Dirk Haarmann
S. 9: KASA, Dirk Haarmann,
rechts: KASA, Simone Knapp
S. 10: EL PUENTE
S. 11: Desmarowitz/
Welthungerhilfe
S. 13 von oben nach un-
ten: Sperling/terre des
hommes, Strack/terre des
hommes, Bermudez/Creiendo
Unidos (2x)
S. 14, 15, 16, 17: XertifiX,
Benjamin Pütter/AGEH-Misereor
S. 20: Hagel, Christliche
Initiative Romero privat,
S. 21 bis 23: Herstellerfotos
S. 25: dwp
S. 32: EPIZ

www.shop.scharmant.com

KINDER FÜR EINE
GERECHTE WELT

**WELTWEIT
WICHTELN**

Die Mitmachaktion verbindet entwicklungspolitisches
Engagement mit interkulturellem Lernen. Weltweite
Kontakte können entstehen. Bundesweite Schirmherrin
ist Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann.
WELTWEIT WICHTELN ist eine Aktion evangelischer Landes-
kirchen und Missionswerke sowie der GEPA – The Fair
Trade Company.
Telefon: 0711 636 78 44 / Mail: info@weltweit-wichteln.org

WWW.WELTWEIT-WICHTELN.ORG

Die Spezialisten von
**Optik Flegl
aus Sachsenheim**
messen, informieren und
beraten Sie gern
individuell zum Thema
Sehen und Hören.
Vereinbaren Sie einfach
einen Termin mit uns.

Diese Anzeige gilt als Gutschein für

- eine ausführliche Augenglasbestimmung
- eine Augeninnendruck-Messung
- einen Hörtest

**Wir bieten Ihnen die Verträglichkeitsgarantie für
Gleitsichtgläser**

- durch sorgfältige Analyse Ihrer persönlichen Seh-Bedürfnisse
- Messung aller erforderlichen Parameter für besten Sehkomfort

www.flegl.de

Optik Flegl Hauptstr. 14 74343 Sachsenheim
Tel. 07147 12333

Den Schritt wagen: Vom Appell zur Aktion

Die Evangelische Kirche fordert die Politik auf, sich für den Klimaschutz zu engagieren. Doch genügt dies? Ein offener Brief

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die kürzlich veröffentliche Denkschrift „Umkehr zum Leben“ der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD, sowie die Debatte des Ökumenischen Rats der Kirchen, ÖRK, über ökologische Schulden haben mich zu einer Idee inspiriert, die ich gerne weitergeben möchte: Ein glaubwürdiges Zeugnis und nebenbei vermutlich ein echter Image-Gewinn und „Medien-Knaller“ wäre es doch, wenn die EKD am Vorabend der Klimakonferenz in Kopenhagen bekannt gäbe: „Die EKD und ihre Gliedkirchen werden – wie die Großstadt Kopenhagen selbst – bis 2025 klimaneutral und die Evangelische Kirche in Deutschland unterstützt alle Partnerkirchen und -organisationen speziell im Süden, die das gleiche Ziel verfolgen.“ Noch wäre Zeit, die Entwicklungswerke und

Umweltbeauftragten dafür zu gewinnen und eine erste Machbarkeitsstudie beim Wuppertal- und/oder Ökoinstitut in Freiburg in Auftrag zu geben.
Das CorA-Netzwerk (Corporate Accountability, www.cora-netz.de) hat einen Aktionsplan zur ökofairen Beschaffung der öffentlichen Hand in Deutschland erstellt, den ich ziemlich beachtenswert finde. Bis 2015 sollen 50 Prozent der öffentlichen Beschaffung des Bundes und bis 2018 hundert Prozent öko-fair sein. So soll die neue EU-Beschaffungsrichtlinie, die seit Februar Bundesgesetz ist, voll in diesem Sinne genutzt werden. Das ist natürlich sehr ambitioniert, gleichzeitig ist die „Konjunktur“ dafür günstig – und notwendig ist es allemal, wenn Kirche sich im eigenen Hause dafür erwärmen könnte, vielleicht bis zum Jahr 2020, aber dann auch richtig. Die Wirtschaftsgesellschaft der Kirchen in Deutschland, WGKD, wäre sicher dabei.
Mit der Klimaneutralität und der öko-fairen Beschaffung würde die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Übersee- und Inlandsarbeit wieder kleiner. Es könnten wirklich ökumenisch/internationale gemeinsame Projekte geschaffen werden und Kirche(n) wäre sozusagen in einer leading position in diesem Teil des gesellschaftlichen Diskurses – das fände ich richtig gut. Was meint Ihr?“

**Herzliche Grüße,
Pfr. Reinhard Hauff**,
Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, der
Evangelischen Landeskirche Württemberg in Stuttgart.

Informationen:
Beschluss der Stadt Kopenhagen: www.nachhaltigkeit.org/200903191542/stadtplanung-bauen/hintergrund/kopenhagen-wird-klimaneutral
„Umkehr zum Leben“, Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland: www.ekd.de/download/klimawandel.pdf
Ökumenischer Rat der Kirchen, ÖRK: www.wcc-coe.org

Der Countdown läuft

In der Kampagne „Countdown to Copenhagen“ laden die Nordelbische Kirche, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst, EED, alle Privatpersonen und Kirchen dazu ein, sich für den Schutz des Klimas zu engagieren. In einem „Kopenhagen-Aufruf“ wird die Bundesregierung aufgefordert, sich in Kopenhagen für ein gerechtes und ambitioniertes Klimaabkommen einzusetzen. Der Aufruf wird als Postkarte gedruckt und kann unter der Kampagnen-Website „www.countdowntocopenhagen.de“ auch online unterzeichnet werden. Die deutsche Kampagne ist Teil einer weltweiten ökumenischen Bewegung (www.countdowntocopenhagen.org), bei der zahlreiche Partnerorganisationen aus aller Welt mitmachen.

Termine

Oktober

Ditzingen

8. Oktober um 19.30 Uhr: In Menschen investieren, Referentin Linde Janke, Oikocredit Baden-Württemberg e.V., im Mittelpunkt Ditzingen. Veranstalter: Eine Welt Verein Ditzingen e.V.

Tübingen

9. Oktober: tanzanischer Chor „Sumase-su“ in der Jakobskirche, 19 bis 21 Uhr.

Freiburg

10. Oktober von 9.30 Uhr bis 18.30 Uhr: Tag für ethische und ökologische Geldanlage (Kongress und Ausstellung) im historischen Kaufhaus Freiburg.

Hemmingen

11. Oktober: Der Weltladen Hemmingen feiert sein 10-jähriges Bestehen. Das Fest beginnt ab 9 Uhr 45 mit einem Gottesdienst, danach gibt es einen Stehempfang und anschließend ein Rahmenprogramm im Gemeindehaus.

Stein (bei Pforzheim)

15. Oktober um 19.30 Uhr: Wie Kleinkredite helfen Armut zu überwinden. Gemeindehaus der Ev. Kirchengemeinde Stein. Referentin: Manuela Waitzmann, Oikocredit Baden-Württemberg e.V.

Stuttgart

15. Oktober um 19.30 Uhr: „Armut überwinden durch Mikrofinanzen?“, Referentin: Linde Janke, Oikocredit Baden-Württemberg e.V., Evangelische Gartenstadtkirche, 70327 Stuttgart, Veranstalter: Frauen in den besten Jahren.

Schwäbisch Gmünd

15. Oktober: „Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“, von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr, im großen Sitzungssaal im Rathaus. Kontakt: DEAB, U. Umpfenbach, Tel. 0711/25394025, u.umpfenbach@deab.de

Bad Homberg

16. bis 18. Oktober: Mitgliederversammlung und Weltladenkonferenz des Weltladen-Dachverbands in der Jugendherberge. Im Mittelpunkt steht die Umsetzung der auf der letzten Mitgliederversammlung getroffenen Entscheidungen.

Tübingen

27. Oktober: „50 Jahre Arzneimittelhilfe – ein Lernprozess“, Vortrag von Albert Petersen, dem Leiter der Difäm Arzneimittelhilfe im Rahmen des Studium Generale. Ort: Kupferbau, 18 Uhr c.t., raetzke@difaem.de

Reutlingen

30. Oktober: „Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“, von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr, im Umweltbildungszentrum / Listhof, Friedrich-List-Hof 1. Kontakt: DEAB, Uta Umpfenbach, Tel. 0711/25394025, u.umpfenbach@deab.de

November

Altbach

3. November: Ökumenischer Arbeitskreis Eine Welt e.V.: „Unberührbar – Apartheid auf indisch“, Ravinder Salooja, Prälaturpfarrer in Heilbronn. Ort: Evang. Christuskirche Altbach, Martin-Luther-Saal, Weinbergstr. 24, www.EineWelt-Altbach.de

Murg

8. November: Caminando va – feiern und teilen. Ökumenischer Gottesdienst in der St. Magnuskirche um 18 Uhr.

Bad Boll

9. bis 11. November: Friedensmacht Europa. Zwei Jahre nach dem Start der Peace Building Partnership. Reinhard Becker, Tel. 07164/79-217, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

Stuttgart

10. November: „Ressourcen als Ursache für militante Konflikte“, um 19 Uhr beim Forum der Kulturen, Marktplatz 4, Stuttgart Mitte. Information: Paulino Miguel, Tel. 0711/2484808-18, paulino.miguel@forum-der-kulturen.de

Fellbach

16. November: „Ecuador, Land der Kontraste“. Vortrag von Roland Dietrich über das Projekt „Pro Pueblo“ mit Präsentation von Tagua-Schmuck um 19.30 Uhr, Evangelische Kirchenpflege Fellbach, Seestr. 4 (hinter dem Weltladen, Stadtmitte).

Reutlingen

17. November um 20 Uhr: China Keitetsi, ehemalige Kindersoldatin aus Uganda, in „Menschen und Themen“, Kulturzentrum Franz.K, Unter den Linden 23. Information: missio-Diözesanstelle, Tel. 07472/169-293, MELLmer@bo.drs.de

Tettngang

17. November um 19.30 Uhr: Verantwortungsvoller Umgang mit Geld - In Menschen investieren, Referentin Linde Janke, Oikocredit Baden-Württemberg e.V., Martin-Luther-Gemeindehaus, Tettngang, Veranstalter: Martin-Luther Gemeinde.

Potsdam

19. bis 21. November: Globales Lernen „weltweitwissen2009“. Bundesweiter Kongress zu Bildung für Nachhaltige

Entwicklung und Globalem Lernen.

Information: Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Schulstraße 8 b, 14482 Potsdam, Tel. 0331/7048966, info@venrob.org

Esslingen

20. November: „Sozialstandards in der öffentlichen Beschaffung“, von 13 Uhr 30 bis 17 Uhr, im Bürgersaal des Alten Rathauses. Kontakt: DEAB, Uta Umpfenbach, Tel. 0711/25394025, u.umpfenbach@deab.de

Schramberg

26. November um 19.30 Uhr: „Ethische Geldanlage – Wissen Sie eigentlich was gerade Ihre Mäuse machen?“, Referentin: Manuela Waitzmann, Oikocredit Baden-Württemberg e.V., Ev. Gemeindehaus Schramberg, Veranstalter: Forum Kirche-Arbeitswelt im Kreis Rottweil.

Ulm

28. November: „Kommunalpolitik – Wie geht das?“ Seminar für Neulinge in der Kommunalpolitik. Information: Tel.0711/263394-10, info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

Dezember

Ulm

4. bis 5. Dezember: „Lateinamerika im Aufbruch“. Konferenz rund um die aktuelle Situation Lateinamerikas. Abschluss mit Konzertlesung mit Grupo Sal in der Versöhnungskirche in Ulm-Wiblingen um 19 Uhr 30. Information: Tel. 0731/ 481567, ralf.haeussler@web.de, www.ini-ecumenica.org

Bad Boll

4. bis 6. Dezember: „Gender Issues in International Law“. Deutsch-südafrikanische Kooperationstagung. Petra Randecker, Tel. 07121/161771, petra.randecker@ev-akademie-boll.de

Tübingen

8. Dezember: „Rückstände, Resistenzen und ökonomische Zwänge – Rationaler Umgang mit Medikamenten – in Afrika und bei uns“. Vortrag von Albert Petersen im Rahmen des Studium Generale. Ort: Kupferbau, 18 Uhr c.t., raetzke@difaem.de

Stuttgart

8. Dezember: „Vom Norden lernen: Hand in Hand Deutschland-Philippinen. Ein Migrantenverein entsteht.“ Referentin: Juliana Atillo; um 19 Uhr, beim Forum der Kulturen, Marktplatz 4, Stuttgart Mitte. Paulino Miguel,

Tel. 0711/2484808-18, paulino.miguel@forum-der-kulturen.de

Bad Boll

11. bis 13. Dezember: „Positive Entwicklungen in der Türkei?“. Die Situation der kurdischen Bevölkerung. Information: Reinhard Becker, Tel. 07164/79-217, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

Bad Boll

17. bis 20. Dezember: Hoffen auf Gerechtigkeit, Die Situation von Lesben in Osteuropa. Information: Gabriele Barnhill, Tel. 07164/79-233, gabriele.barnhill@ev-akademie-boll.de

Januar/Februar

Obersäckingen

8. Januar: Martinmarkt mit dem Eine-Welt-Stand des Weltladeli.

Fellbach

20. Januar: „Sauberes Geld – Von der Wirtschaftskrise zu einer gerechten Welt“, Vortrag

von Wolfgang Kessler um 19.30 Uhr, Rathaus Fellbach.

Fellbach

25. Januar: Klimawandel und Regenwaldzerstörung, Vortrag von Gerd Rathgeb, Poema, um 19 Uhr 30, VHS Fellbach, Theodor-Heuss-Str. 18. Information: Weltladen Fellbach.

Stuttgart

2. Februar: Pressearbeit für entwicklungspolitische Veranstaltungen, um 19 Uhr beim Forum der Kulturen, Marktplatz 4, Stuttgart Mitte. Kontakt: Paulino Miguel, Tel. 0711/2484808-18, paulino.miguel@forum-der-kulturen.de

Tübingen

2. Februar: „28 Jahre HIV/ Aids – Eine Krankheit verändert den Zugang zu Medikamenten“, Vortrag von Dr. Gisela Schneider, Direktorin des Difäm im Rahmen des Studium Generale. Ort: Kupferbau, 18 Uhr c.t., raetzke@difaem.de

Briefe

Ich fand das alte Südzeit-Layout einzigartig und habe lange gebraucht um mich mit dem neuen anzufreunden. Die letzte Südzeit habe ich - aus dem Stand - vom ersten bis zum letzten Wort gelesen, wie früher. Vielen Dank.

Linde Janke

Aktuell

Internationales Netzwerk

Unter dem Namen „ACT Alliance“ soll im Januar eine der größten internationalen Allianzen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe entstehen. Die Allianz wird weltweit mehr als 160 Mitglieder und über 40.000 Mitarbeitende sowie ein Finanzvolumen von mehr als 1,5 Milliarden Euro jährlich repräsentieren. Zu den Gründungsmitgliedern gehören u.a. die deutschen evangelischen Hilfswerke „Brot für die Welt“ und Diakonie Katastrophenhilfe.

Mit Unterhosen gegen Pestizid

Die Firma Bayer will das Insektizid Endosulfan bis Ende 2010 vom Markt nehmen. Das teilte das Pestizid-Aktionsnetzwerk, PAN, mit. Endosulfan wird im Baumwollanbau eingesetzt. Nach langjährigen Protestaktionen führte nun eine internationale Aktion zum Erfolg: Pants to Poverty, ein Textilunternehmen, das öko-faire Unterwäsche herstellt, rief dazu auf, konventionelle Baumwoll-Unterhosen kostenlos gegen biologisch produzierte einzutauschen. Die alten Unterhosen, die unter Verwendung von Endosulfan hergestellt wurden, sandte das Unternehmen an Bayer. Die Sendungen wurden mit der Forderung verbunden, die Vermarktung von Endosulfan umgehend einzustellen.

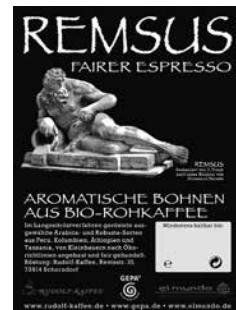
Neumann vertreibt Bauern

Die Neumann-Kaffee-Gruppe verstößt gegen OECD-Richtlinien, dies teilte die Menschenrechtsorganisation FIAN mit. Sie hat beim Bundeswirtschaftsministerium eine Beschwerde gegen die Vertreibung von 400 ugandischen Kleinbauernfamilien eingereicht. Die Familien mussten einer Kaffeeplantage der deutschen Neumann-Kaffee-Gruppe weichen. FIAN und die Gruppe der Vertriebenen fordern die Nationale Kontaktstelle der

OECD im Bundeswirtschaftsministerium auf, in dem seit acht Jahren andauernden Konflikt in Uganda zu vermitteln. Das Unternehmen hat bisher Gespräche mit den Opfern verweigert.

Kick for One World

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika setzen sich NROen in Kooperation mit Organisationen der Zivilgesellschaft in Südafrika dafür ein, dass die FIFA-WM 2010 für die Menschen im südlichen Afrika eine Bereicherung wird. Das Bündnis fordert, vorrangig lokalen Händlerinnen und Händlern und südafrikanischen Unternehmen außerhalb und innerhalb der Bannmeile ein Verkaufsrecht einzuräumen. Information: www.kick-for-one-world.net



Remsus-Kaffee

Der Schorndorfer Eine-Welt-Laden el mundo und ein Kaffeeröster vor Ort haben sich zusammengefunden und einen Schorndorfer Kaffee initiiert: den Remsus-Kaffee. Die Kaffeebohnen aus Fairem Handel werden vom örtlichen Röster in Langzeitröstung jeden Tag frisch geröstet. Der neue Schorndorfer Kaffee erfreut sich weit über die Stadtgrenzen hinaus großer Beliebtheit.

Schulen und Kinderarbeit

Für Schulen und Bildungseinrichtungen organisiert KATE, Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung, eine Kampagne unter dem Motto „Wir bringen den Stein ins Rollen ...!“ An der Kampagne können sich Schulklassen, Kindergärten und andere Bildungseinrichtungen von Oktober 2009 bis Februar 2010 beteiligen. Ziel ist es, Geld zu sammeln, um in Indien einen Steinbruch zu befreien. Gerade in der indischen Steinindustrie arbeiten Kinder unter sklavenähnlichen Verhältnissen. Außerdem sollen hierzulande Kinder und Jugendliche über das Thema Kinderrechte aufgeklärt und für die Problematik sensibilisiert werden. Information: KATE, Daniela Kirchner, Tel. 0711/248397-0, teamassistenz@kate-stuttgart.org, www.kate-stuttgart.org

Anfordern

Broschüre Kinderarbeit

Die Broschüre „Kinderarbeit - Kinderrechte“ kann kostenlos bezogen werden bei: Werkstatt Ökonomie e.V., klaus.heidel@woek.de, PDF-Datei: www.forum-kinderarbeit.de

Broschüre Fairer Handel

Die Broschüre „Der Faire Handel in Deutschland“ bietet Grundlagenwissen rund um den Fairen Handel. Forum Fairer Handel e. V., Tel. 030/28040908, info@forum-fairer-handel.de

Fördertöpfe für Vereine

„Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen“ ist in der aktualisierten und erweiterten 10. Auflage erschienen. Die Broschüre enthält über 100 neue Förderquellen. Herausgeber: Netzwerk Selbsthilfe e.V., 2009, 19 Euro inkl. Porto. Zu bestellen per Rechnung: www.netzwerk-selbsthilfe.de/beratung/foerdertopf-broschuere

Herkunft von Natursteinen

Die Kurzstudie „Bescheinigungen, Siegel und Zertifizierungen in der Natursteinbranche – Ein Vergleich“ kann bezogen werden bei: MISEREOR, Tel. 0241/442-125, PPS@MISEREOR.DE

Studie: Handelskette von Kakao

Die sozialen und ökologischen Probleme bei der Produktion von Kakao hat das Institut Südwind untersucht. Stark schwankende und meist sehr niedrige Preise üben starken Druck auf die Bauern aus. Bezug: SÜDWIND e.V., Tel. 02241/259548, info@suedwind-institut.de, www.suedwind-institut.de

Zwei Ausstellungen

Bei der Ausstellung „Unsere Zukunft Eine Welt“ geben prominente Persönlichkeiten wie Bischof Felix Genn oder Moderator Ranga Yogeshwar Statements zu den Themen Fairer Handel, Frieden, Gerechtigkeit und Klimaschutz. Die neu überarbeitete Ausstellung „Entwicklungsland D“ des Eine Welt Netz NRW besteht aus sechs etwa türgerößen Bannern, die verschiedene Lebenswirklichkeiten thematisieren. „Wir haben jetzt einen Zweitwagen. Den brauchen wir zum Shoppen und für die Kinder“, wird beispielsweise einer Indígena im Regenwald in den Mund gelegt und dadurch ad absurdum geführt. Informationen und Buchungen: www.eine-welt-netz-nrw.de

CD für Menschenrechte

Die CD zum Projekttag respect enthält Materialien und Methoden zum Thema Menschenrechte. Kosten: 10 Euro zzgl. Versand. Bestellen und Information: [bildung\(at\)iz3w.org](mailto:bildung(at)iz3w.org), Tel. 0761/74003, www.iz3w.org

Web-Info

Umfrage zu Natursteinen

SÜDWIND hat Baumärkte und Küchenhersteller befragt, ob diese bei ihren Naturstein-Lieferanten die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards einfordern. Einige Baumärkte unternahmen erste Schritte, von einer branchenübergreifenden Lösung ist man jedoch noch weit entfernt. Auswertung der Umfrage: www.suedwind-institut.de/downloads/2009-03-31_Auswertung_Fragebogen_Steine.pdf



Postkartenaktion

Deutschland ist verpflichtet, die rechtswidrige Situation, die sich aus dem Bau der israelischen Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten ergibt, nicht anzuerkennen und ihre Unterstützung zu unterbinden, so die internationale katholische Friedensbewegung pax christi in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Sie initiierte eine Unterschriftenkampagne: Postkarten mit Bildern der Mauer sollen an das Bundeskanzleramt und das Außen-, das Wirtschafts- und das Entwicklungsministerium geschickt werden. Die Postkartenaktion läuft bis zur Friedensdekade im November, die in diesem Jahr das Motto hat „Mauern überwinden“. Postkartenmotive und Information: www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Internetportal Zwangsheirat

TERRE DES FEMMES ging mit einem neuen Internetportal gegen Zwangsheirat und Gewalt im Namen der Ehre online. Interessierte und Fachkräfte finden Informationen, Literaturtipps, Ar-

beitsmaterialien sowie eine Datenbank zur Suche von Expertinnen und Experten. Für Betroffene bietet das Portal die Möglichkeit der Onlineberatung und eine Übersicht über Beratungsstellen in ganz Deutschland: www.zwangsheirat.de

Internetportal Kinderrechte

Aus Anlass des 20. Geburtstags der Kinderrechte hat UNICEF eine Internet-Sonderseite mit umfassenden Informationen zur UN-Kinderrechtskonvention und ihrer weltweiten Umsetzung erstellt. Zudem gibt es auf dem Portal eine Übersicht wichtiger Termine rund um das Thema Kinderrechte. www.unicef.de/kinderrechte20.html

Kinderseite

Womit beschäftigt sich der Außenminister? Was sind Menschenrechte? Diese und viele andere Fragen rund um das Thema Menschenrechte und Armutsbekämpfung werden auf der Kinderseite des Auswärtigen Amts beantwortet. www.kinder.diplo.de/Vertretung/kinder/de/Startseite.html

Aktionsbündnis Kinderrechte

Das Aktionsbündnis Kinderrechte des Stadtjugendrings Stuttgart e.V. macht auf zwei Internetangebote aufmerksam: Plattform für Themen von Kindern: www.kindersache.de Kinderrechte ins Grundgesetz: www.kinderrechte-ins-grundgesetz.de

Unfairen Einkauf stoppen

Die zunehmende Konzentration von Marktanteilen auf wenige Supermarktketten hat Folgen: Missachten von Arbeits- und Menschenrechten, Hungerlöhne, miserable Arbeitsbedingungen u.a. Online-Petition an die fünf größten Supermarktketten: www.unfairen-einkauf-stoppen.de/aktion/aktion.php

Strafe für Menschenrechtsverbrecher

Human Rights Watch (HRW) hat den 131-seitigen Bericht „Selling Justice Short: Why Accountability Matters for Peace“ veröffentlicht. Darin macht die Organisation anhand von Beispielen aus fast 20 Ländern deutlich, dass die Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechern entgegen der vorherrschenden Meinung positive Auswirkungen auf den Friedensprozess haben kann: www.hrw.org/node/84264 Informationen zum Thema internationale Justiz: www.hrw.org/en/category/topic/international-justice

Studie: Klima und Handel

Die neue Studie „Klima und Handel: Warum der Klimawandel zu einer Reform

des Welthandels zwingt“ ist verfügbar unter: www.forum-ue.de/studie_klima_und_handel.html

Unterrichtsmaterial

„Die Bioenergien, die Klimakrise und der Hunger“ ist eine Sammlung verschiedener Unterrichtsmaterialien. Enthalten ist auch eine Quiz-CD-ROM für Sek. I/II. Preis: 10,00 Euro. Bezug: Welthaus Biefeld. Tel. 0521/98648-0, info@welthaus.de, www.welthaus.de/publikationen-shop

Gewinner des Kurzfilmwettbewerbs

Als innovativste und interessanteste unter den Einsendungen zum Germanwatch-Kurzfilmwettbewerbs wurden drei Drehbücher mit einem Preis ausgezeichnet. Aus dem Drehbuch „Die Rechnung“ entstand bereits ein Kurzfilm mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Bei den beiden weiteren Gewinnern ist die Umsetzung ebenfalls geplant. Die Rechnung: Drei Freunde treffen sich in der Kneipe und berichten aus ihrem Leben. Auto, Urlaub, Energie und Ernährung ergeben ein buntes Klimaschutzregister. Mit dem Auftreten der Kellnerin nimmt der Film eine überraschende Wendung: <http://www.youtube.com/watch?v=EmirohM3hac>

Zukunft einkaufen

Zum Evangelischen Kirchentag in Bremen hat das Team von „Zukunft einkaufen“ ein Paket mit vier Broschüren erstellt, mit denen die Idee des ökofairen Konsums etwa durch Aktionstage verbreitet werden kann. Alle Broschüren stehen im Internet als Download bereit. Information: www.zukunft-einkaufen.de

Vorschau

Die nächste Ausgabe von Südzeit erscheint im Januar. Lesen Sie darin:

Entwicklungszusammenarbeit

Wie kann die Kooperation verbessert werden? Bericht einer Konferenz in Stuttgart

Migration

Unser Schwerpunkt beschäftigt sich mit dem Thema Migration.

Informationen: www.deab.de



EPIZ sucht Schulteams für eine faire Fußball-Weltmeisterschaft.

Jugendliche Kicker gesucht

Mai 2010: Südafrika fiebert der Fußball-Weltmeisterschaft entgegen, in Deutschland ist das Endturnier in vollem Gange. Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland treten dann gegen den Fußball, flanken und köpfen, um Brasilien, Kamerun oder Italien zur Ehre der Weltmeisterschaft zu verhelfen. Für welches der 204 FIFA-Länder die Jugendlichen antreten, wurde bereits im Oktober 2009 ausgelost. Die fußballspielenden Schulteams nehmen teil am Wettbewerb „Lebenswelten Jugendlicher in der Einen Welt“, den die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (AGL) in Kooperation mit dem Entwicklungspädagogischen Informationszentrum

Reutlingen (EPIZ) ausschreibt. Ziel ist es, den „Eine Welt Gedanken“ mit dem „Fair Play Gedanken“ des Sports für Jugendliche der 7. bis 9. Klasse zu koppeln und positiv zu stärken. Neben der Beinarbeit müssen die Jugendlichen bei diesem Wettbewerb auch in Kopfarbeit glänzen und ein Plakat erstellen, in dem sie sich intensiv mit ihrem Partnerland beschäftigen. Höhepunkt des Wettbewerbs ist das Endturnier im Mai 2010, bei dem 32 Teams um den Weltmeistertitel spielen und attraktive Preise gewinnen können. Schulteams können sich noch bis Mitte Oktober anmelden. Information: Rainer Schwarzmeier, Tel. 07121/491060, rainer.schwarzmeier@web.de, www.epiz.de

Ich möchte Südzeit verschenken!

Geschenk-Abo: Vier Ausgaben im Jahr 2010 für 10 Euro.
Südzeit soll geliefert werden an:

Name des Beschenkten _____

Strasse / Hausnummer des Beschenkten _____

PLZ / Wohnort des Beschenkten _____

Name des Abonnenten (Schenkers) _____

Strasse / Wohnort _____

Email / Telefon _____

Bitte
ausreichend
frankieren,
danke!

Für glückliche
Gesichter:
**Schenken Sie
Südzeit!**



Südzeit

Abo-Verwaltung
Uta Umpfenbach
Lehmenstr. 4
71254 Heimerdingen

X Datum und Unterschrift _____